

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando/ Vierteljahr 2.50 Mk., monatlich 1.00 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.00 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1876.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die schwebelnde Kolonelle ober dem Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtsungs-Veröffentlichungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (wöchentlich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einmalige und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 8. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die „Neuorientierung“ im Schulwesen.

Uns wird geschrieben:
 In seiner Rede, die Professor von Harnack als Vertreter des Deutschen Nationalausschusses hielt, deutete er auch Richtlinien an, nach denen sich das Schulwesen nach dem Kriege entwickeln sollte. Bekanntlich sieht der Nationalausschuss „seine Aufgabe darin, den Geist der Zuerst im Volk daheim zu pflegen... und allen Bestrebungen entgegenzutreten, welche unter Verleugnung des Ernstes der Stunde die siegreichere Eindrücke gefährden“. Als Mittel zur Verwirklichung dieser Aufgaben erkennt von Harnack allgemein die Förderung des gesamten Volkswirtschaftswesens, sowie insbesondere die Hebung des Schul- und Fortbildungswesens an. Mit einer präzisen Absage über bedachte er die Forderung der Einheitschule, auf die „man seinem Ermessen nach unberechtigte Hoffnungen setzt“.

Da für uns die Einheitschule die Kardinalfrage aller Bildungsbestrebungen ist, müssen wir gegen diese Auslassung Harnacks öffentlich Protest einlegen. Wir wissen nicht, welche Gründe ihn zur Gegnerschaft der Einheitschule führen, da er es an einer für einen Wissenschaftler geradezu befremdlich berührenden Beweisführung fehlen und bei der oben zitierten Bemerkung beweisen ließ, ein Verfahren, das um so mehr Verwunderung erregt, als alle führenden Pädagogen der Vergangenheit und Gegenwart diese Schulorganisation für die wissenschaftlich begründete ansehen. Aber wir haben die Pflicht, gerade in dieser Zeit darauf hinzuweisen, daß eine solche merkwürdige Stellungnahme zu einer das ganze Volk berührenden Angelegenheit auch wenig den Zielen entspricht, die der Deutsche Nationalausschuss sich selbst stellt: „den Bestrebungen entgegenzutreten, welche unter Verleugnung des Ernstes der Stunde die siegreichere Eindrücke gefährden“.

Deshalb scheiden wir die Frage nach der wissenschaftlich pädagogischen Begründung der Einheitschule hier aus, und können es, da darüber schon oft und gründlich hier gehandelt worden ist, und beschränken uns in dieser Hinsicht auf die Feststellung, daß die Einheitschulfrunde nicht eine einzige Schulart fordern, womöglich mit einem gleichen Lehrziel für alle Schüler, sondern daß sie mit dem zusammenhängenden Nebeneinander der einzelnen Schularten aufträumen wollen und an die Stelle des heute bestehenden Chaos der Bildungsmöglichkeiten einen Organismus des Schulaufbaus setzen wollen, in dem viel mehr als jetzt der Vielgestaltigkeit des Volkswirtschaftswesens Rechnung getragen werden kann, weil die Voraussetzungen für Scheidung nach Begabung und Leistung dort erst sicher verankert liegen. Es ist eine beachtliche unwahre Unterstellung oder eine völlige Unkenntnis des strittigen Problems, wenn man die Forderung nach Einheitschule als die Forderung nach Einseitigkeit im Ausbau abtut, und wenn die erstrebte höchste Differenzierung nach Anlage und Willenskraft der Uniformierung und Schablonisierung verdächtigt.

Wir gehen heute den andern Gründen nach, die gerade den Nationalausschuss und seinen Wortführer hier bestimmen mußten, für die Einheitschule einzutreten, wenn er seinen sich gestellten Aufgaben sich gewachsen zeigen will.

Das ist zunächst der Grundsatz der Gerechtigkeit. Dieser Grundsatz, der als oberster Gesichtspunkt in jeder vernünftigen Familienziehung gilt, und dem Vater — wenn ihn nicht ökonomische Hindernisse abhalten — die Verpflichtung auferlegt, gleich hoch begabten Kindern auch die gleichen Bildungsmöglichkeiten zu gewähren, beansprucht seine sinngemäße Anwendung auch für den Kulturstaat, der das gleiche Recht für alle anerkennen muß. In logischer Konsequenz ergibt sich für diesen Staat, daß er seine gleichbegabten Staatsbürger nicht zu verschiedenenwertiger Ausbildung verdammen darf. Bei den heutigen Verhältnissen ist das der Fall; die heutige Schulorganisation — soweit man überhaupt jetzt von Organisation reden kann — führt auf der Ständes- und Besitzgliederung und sucht die augenblickliche Verteilung von Besitz und Vorrechten aufrecht zu erhalten. Es erscheint jedem gerecht Empfindenden als Hohn auf die Gerechtigkeit, wenn bei dem sich immer mehr verschärfenden Kampf ums Dasein solchen, die ohne weiteres wirtschaftlich günstiger gestellt sind, noch besondere Vorteile gesichert werden (durch bessere Bildung), die ihnen den Kampf im wirtschaftlichen Ringen erleichtern, während jenen, die nicht ein gütiges Geschick auf die Sonnenseite des Lebens warf, die Teilnahme am wirtschaftlichen Aufstieg erschwert oder gar unmöglich gemacht wird; wenn ihnen damit, obwohl sie gleich oder besser begabt sind, die höheren Stellen im Staats- und Wirtschaftsleben verschlossen bleiben. Ein Bildungswesen, das die Einheit eines Volkes erstrebt, darf nicht, wie Kewis treffend sagt, zur Verankerung einer Anstalt für soziale Sonderinteressen werden. Rechtsgleichheit begründet den Anspruch gleicher Begabung und gleicher Tüchtigkeit auf gleiche Bildungsmöglichkeit.

Der andere Grund für die Forderung der Einheitschule müßte für den Nationalausschuss in ihrer volkswirtschaftlichen Überlegenheit liegen.

Die höchsten wirtschaftlichen Werte eines Staates sind nicht seine materiellen Schätze, sondern die geistigen Kräfte seines Volkes. Sie sind sein Stammkapital. Natürlich nur solche Kräfte, die nicht brach liegen und schlummern, sondern die wachen, die lebendig sind und arbeiten. Jetzt, wo zu Hunderttausenden strobende, hoffnungsvolle Intelligenz getötet und schöpferische Kraft vernichtet wird, muß beizeiten auf Ersatz Bedacht genommen werden. Solchen Massenerlöb kann nicht eine dünne Oberschicht stellen; wir müssen ihn suchen und nehmen, wo wir ihn finden. Alles, was an wertvollen Kräften vorhanden wäre, aber unge-

nüht liegen bleiben würde und müßte, wäre Raub am Nationalvermögen unseres Volkes, ein Luxus, den wir uns unmöglich noch weiter gestatten dürfen, und der angesichts der jetzigen Notlage unseres Volkes zum ökonomischen Verbrechen würde. Den seitlichen Zustand im Bildungswesen, die unrationelle Oekonomik unserer Schulorganisation schildert ein Kollege des Herrn Professor v. Harnack, der verstorbenen Friedrich Rauhen: „Unbefähigte werden abgerichtet und treten in die leitenden Stellen, wo sie nichts leisten und ihnen selbst nicht wohl wird, und andererseits wird solchen, die zu großer Tätigkeit innere Begabung mitbringen, die Gelegenheit zur Ausbildung vorenthalten; indem sie bei niederen Dienstleistungen festgehalten werden, geht ihr Talent der Gesellschaft verloren und sie selbst haben lebenslang den Druck der Verhältnisse.“ Herr v. Harnack wird schwerlich seinem Kollegen von der andern Fakultät, die diese Fragen als ihr Spezialgebiet erforscht, das Urteil absprechen wollen. Und wir sehen hinzu: Es ist eine Vergewandung von Staatsgeldern, wenn man eine derartige unrationelle, veraltete Schulorganisation weiter konzentriert werden will. Der rechte Mann muß an den rechten Platz gestellt werden, und das ist nur möglich, wenn alle Staatsangehörigen die Bildung erfahren, die ihren Anlagen und ihrer Wissenschaft entspricht, und die sie ohne äußere Hemmung sich erwerben können. Dann wird der künftigen Kulturarbeit ein unerschöpflicher Jungbrunnen an Intelligenz und Kraft erschlossen, der auch der jetzt über uns hereingebrochenen Massenvernichtung von Kulturwerten Herr wird. Solche Ausrichtungen können aber nur dann Erfolg haben, wenn durch eine einheitliche Schulorganisation die Entfaltung aller im Volke vorhandenen, schlummernden Kräfte gewährleistet wird.

Die Einheitschule fordern heißt drittens aber auch Ernst machen mit der Sozialisierung des Staatswesens. In Gemeinwesen, wie z. B. der Schweiz, wo der soziale Gedanke nicht solchen Verdächtigungen und Hemmungen ausgesetzt ist wie bis jetzt bei uns, gilt die gemeinsame Bildungsarbeit des ganzen Volkes als selbstverständlich. Geradezu aufreizend muß es wirken, wenn man in der jetzigen Zeit die Einheitschule ablehnt und den untern Volksschichten immer wieder aufs neue zum Bewußtsein bringt, daß für sie die Anteilnahme an den Kulturwerten eine Gnade oder ein Almosen sei, während doch gerade die harte Zeit des Krieges die bisher sich ablehnend verhaltenden Teile des Volkes zu der Erkenntnis geführt haben sollte, daß die Gewährung ausreichender Bildungsmöglichkeit kein Vorrecht begüterter Klassen bleiben, sondern zum allgemeinen Menschenrecht erhoben werden muß. Uns scheint, Herr v. Harnack hätte unter Berücksichtigung des sozialen Momentes wohl zu einer anderen Auffassung über die Einheitschule kommen müssen; dann hätte er sicherlich der von ihm propagierten Erhaltung der Volkseinheit einen besseren Dienst geleistet. Besonders merkwürdig muß sich Harnacks Abwehr der Einheitschule ausnehmen, wenn man daran denkt, daß ein anderer Propagandist die Forderungen des Nationalausschusses, Herr Professor Theobald Ziegler in Straßburg, ein überzeugter Verteidiger und glänzender Lobredner der Einheitschule ist. Er kennzeichnet sie „als das eigentliche Palladium der Reform“ (Schulreform), „als Kern und Stern aller wahren Volkswirtschaft“.

Für uns ist die Abneigung gegen den Gedanken der Einheitschule nicht so verwunderlich; verwunderlich insbesondere nicht bei einem deutschen Professor zur Kriegszeit, wo wir an noch größere Wertwürdigkeiten gewöhnt sind. In der ganzen Struktur unserer Gesellschaftsordnung, die eine Klassengesellschaft darstellt, ist die Ständes- oder Klassenchule begründet. Sie wird schwinden mit der Erlämpfung des Volksstaates, dann erst wird sie den Ehrenstiel Volksschule erhalten und verdienen. Vorerst haben wir uns, wo unser Zukunftsideal angegriffen und gefährdet werden dünne, zur Abwehr einzusetzen. Die sieghafte Kraft der Wahrheit, die in ihm verborgen ruht, wird uns ein wertvoller Bundesgenosse sein bei der Durchsetzung der Idee in die Wirklichkeit.
H. J.

Landesversammlung der französischen Sozialdemokraten.

Paris, 6. August. (W. T. W.) Die Landesversammlung der sozialistischen Partei und der französischen Abteilung der internationalen Arbeiterorganisation ist am Sonntag vormittag zusammengetreten. Drei sozialistische Minister nahmen an den Verhandlungen teil. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und der Herstellung eines dauerhaften Friedens. Pressemann verlangte hierbei eine gemeinsame Konferenz der Sozialisten der alliierten Länder, um die Regierungen zu zwingen, die Kriegsziele genau anzugeben. Die Gegner einer sofortigen Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen machten die Notwendigkeit geltend, die Unabhängigkeit der Völker zu verteidigen. Cadin erinnerte daran, daß Bismarck die Kriegsziele ausreichend bezeichnet habe. Brizon brachte einen Antrag ein, der sich mit der Resolution von Riental einverstanden erklärt.

Der deutsch-italienische Handelsvertrag besteht nicht mehr.

Das preussische Finanzministerium veröffentlicht folgende Bekanntmachung:
 Der deutsch-italienische Handels-, Zoll- und Schiffsverkehrsvertrag vom 6. Dezember 1891/3. Dezember 1904 (Reichsgesetzblatt von 1892 S. 97 und von 1905 S. 413) wird von der italienischen Regierung als nicht mehr wirksam angesehen.

Demgemäß werden nunmehr auch deutscherseits auf die italienischen Boden- und Gewerbeserzeugnisse die Sätze des autonomen Tarifs angewendet werden.

Infolge des Wegfalls der vertragmäßigen besonderen Zollbegünstigung für Marzalawein sowie der Zugeständnisse für Wein, Baumöl (Olivenöl) und für Sumachauszug (vergl. Schlußprotokoll zu Artikel 10 und 7 des Handelsvertrags) dürfen keine Untersuchungszeugnisse italienischer Untersuchungsanstalten und Fachkemiker über die Einfuhrfähigkeit von Wein, Traubenmoß und Traubenmaische sowie über die Reinheit von Baumöl (Olivenöl) und über die Reinheit von Gerbstoffauszügen und ebenso wenig Urprüfungszeugnisse sizilianischer Handelskammern für Marzalawein in Flaschen mehr zugelassen werden. Dagegen sind die Begünstigungen des bisherigen deutsch-italienischen Handelsvertrags weiter auf Waren anzuwenden, die aus meistbegünstigten Ländern stammen oder sich auf deutsche Rechnung in deutschen Zollausgabengebieten, Freibeirziken oder Zollagern befinden; die Bekanntmachung, betreffend die Wirkung des Außerachtsetzens von Handelsverträgen vom 10. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 367), ist anwendbar.

Berlin, den 5. August 1916.

Der Finanzminister. J. A. Wolffram.

An sämtliche Oberzolldirektionen (einschl. Erfurt).

Harnack, die Alldeutschen und ein „deutsches Irland“.

Wir berichteten in unserer Nummer vom 1. August über einen Briefwechsel zwischen Prof. v. Harnack und dem zweiten Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, General v. Gebfattel, der den Ausdruck „Unerfälllichkeit“ rügte, den der Aufruf des Deutschen Nationalausschusses gegenüber den Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes gebraucht hatte. In seinem damals veröffentlichten Briefe hielt Prof. v. Harnack den Satz von der Unerfälllichkeit der Alldeutschen aufrecht. General v. Gebfattel antwortete mit einem weiteren Schreiben, in dem er den Alldeutschen Verband in Schutz nahm. Nun veröffentlicht die „Alldeutschen Blätter“ eine Antwort Harnacks auf diesen Brief, der in seinem wesentlichsten Teil lautet:

„Es. Excellenz bestätigte ich den Empfang des geehrten Schreibens vom 22. Juli samt der gefälligen Mitteilung der „Eingabe“. Nachdem ich sie gelesen, scheint mir aufs neue das Wort „unerfälllich“ nicht zu stark zu sein; denn, um Belgien und Nordfrankreich zu behalten, diese Länder mit circa 10 Millionen Menschen als Helotenländer, als ein deutsches Irland regieren zu wollen, das ist Unerfälllichkeit, die vor nichts zurückredet.
 Meine Annahme, daß die Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes, wie sie vor dem Kriege verlauteten, auch im Kriege festgehalten würden — übrigens die einzig natürliche Annahme —, war also richtig. Eben deshalb weise ich hiermit den Vorwurf, daß ich ohne Kenntnis der Dinge geschrieben habe bzw. mich einer Erklärung angegeschlossen habe, ausdrücklich zurück und muß mich umgekehrt beschweren, daß Ex. Excellenz einen ungerechtfertigten Vorwurf wider mich erhoben haben.“

Die konservative Presse ist natürlich über diesen Brief Harnacks höchlichst entrüstet. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Was Geheimrat v. Harnack für „Unerfälllichkeit“ ansieht, ist seine Sache. Öffentlich hat er aber seither eingesehen, daß Länder, die in irgendeiner Weise unter deutschen Einfluß kommen, niemals „Helotenländer“ oder ein „Irland“ werden können. Wir möchten jedenfalls dringend hoffen, daß solche haltlosen Schlagworte, die dem deutschen Interesse auf jeden Fall schädlich sein müssen, aus dem Meinungsstreit in Deutschland verschwinden.“

Ebenso wettert die „Kreuzzeitung“ gegen Harnack: „Wir kennen die Eingabe des Alldeutschen Verbandes nicht, halten es aber für höchst bedauerlich, daß Excellenz Harnack, selbst wenn er darin Anhaltspunkte dafür zu finden glaubte, daß die von ihm gebrauchten Ausdrücke zutreffend seien, sich dieser Vorwürde bediente, die unsere Gegner zweifellos gegen uns ausbreiten werden. Wer solche Fehler nicht zu vermeiden weiß, täte besser, sich den politischen Auseinandersetzungen fern zu halten.“

Weiter verbreitet sich das konservative Organ darüber, daß Belgien „durchaus nicht zu einem deutschen Irland zu werden braucht“. Seine Argumentation ist aber hierbei ebenso wenig überzeugend, wie die der „Deutschen Tageszeitung“, die in ihrer Nummer vom 5. d. M. der eigenartigen Auffassung Ausdruck gab, es handle sich Belgien gegenüber um „einen Akt der Befreiung und der Ordnung“. Offener ist freilich „ein deutscher Großkaufmann“, der in einem in der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ veröffentlichten Brief an Harnack mit bürren Worten erklärt, daß Belgien „Deutschlands Basal“ werden müßte. Daß eine derartige Auffassung, die die Bestrebungen der alldeutschen Annerkennung auch nur verhüllt widergibt, letzten Endes zu dem politischen „Helotismus“ führen muß, vor dem Prof. Harnack im Interesse Deutschlands warnen kann, von keinem Einsichtigen bestritten werden.

Ergreifenderweise beginnt eine einsichtsvollere Auffassung dieses Problems sich auch bei denjenigen bemerkbar zu machen, die bisher unter dem Eindruck der Kriegshypnose andere Bahnen wandelten. So tritt Hans Leuh in der „Welt am Montag“ in energischer Weise für die Auffassung Harnacks ein, daß man aus Belgien kein neues Irland machen solle: „Dobe Offiziere und vernünftige Staatsmänner haben dieselbe Ansicht vertreten wie Harnack mit seiner Warnung. So viele geschichtliche Erfahrungen beweisen den Dauercharakter“.

Den die Unterdrückung selbständiger Völker und Staaten, wenigstens in neueren Zeiten, für die Eroberer gebracht hat. Nur in Zeiten, die keine Rechte, keine Presse kennen, in denen das Nationalgefühl, der Gemeingeist der Unterdrückten weniger stark war und ihnen keine Waffen zu Gebote standen, während die Unterdrücker ungehindert alles über ihre Opfer verhängen durften, was ihnen beliebte — nur in solchen barbarischen Zeiten ist die Unterdrückung fremder Völker durch Eroberer zuweilen gut ausgefallen, das heißt: gut für die Eroberer. In unseren Tagen ist das unmöglich. Und nun gar Belgien! Seit Jahrhunderten weiß man, daß die Wallonen der hartnäckigste Stamm Europas sind. Karl der Kühne hat sie ebenso vergebens unter Vormachtigkeit zu halten gesucht, wie nach ihm sein Schwiegersohn Maximilian, der Habsburger. Die grausamste Unterdrückung hat nichts genützt; Karl ließ einmal achthundert Bürger von Lüttich in der Maas erlösen, aber kaum hatte er den Rücken gewandt, als der Aufstand wieder aufflammte und die Lütticher über die zurückgelassene burgundische Besatzung herfielen. Die Belgier von heute sind an Freiheit gewöhnt, sind bestrebt, selbst unter dem Druck der militärischen Besatzung, davon kann man öffentlich schon sehr viel und unter der Hand noch ganz erheblich mehr erfahren. Welcher verständige Mensch kann wohl daran zweifeln, daß dem Deutschen Reiche kaum ein böseres Geschenk gemacht werden könnte, als durch eine Annexion Belgiens! Ganz ohne alle „Ethik“ und „Sentimentalität“, rein aus politischer Vernunft heraus muß man dem Deutschen Reiche solch einen Zuwachs vom Halbe halten. Harnad hatte durchaus recht mit seiner Warnung vor einem neuen Irland.

Dieser Appell an die „politische Vernunft“ klingt schon wesentlich anders als der billige Hohn über die noch vor kurzem verlassenen und verspotteten „politischen Rindsköpfe“, die angeblich aus doktrinärem Berrantheit „keinen Grenzpfahl verrückt“ wissen wollten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 7. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag nachmittag. Südlich der Somme gestatteten zwei kleine Teilunternehmungen den Franzosen, in den deutschen Schützengräben südwestlich von Estrées Fortschritte zu machen. Nördlich der Aisne scheiterte ein deutscher Handreich gegen die Hochfläche von Vauciere im Sperrfeuer schon im Beginn. Auf dem rechten Ufer der Maas erweiterten die Franzosen in Teilkämpfen das nordwestlich des Dorfes Thiaumont eroberte Gebiet merklich und wiesen einen Gegenangriff in derselben Gegend ab. In der Gegend von Fleury und in den Abschnitten von Chapitre und Le Chénais wurde der Artilleriekampf ohne Infanterietätigkeit fortgesetzt.

Luftkampf. In der Nacht vom 5. zum 6. warfen französische Geschwader 40 Bomben auf die Gegend von Comblès, 84 auf den Bahnhof Kohon, 80 auf die Bahnhöfe Etenay und Sedan, 40 auf den Bahnhof von Conslans, 60 auf den Bahnhof Mey-Sablons und die Eisenbahnwerkstätten und 40 auf die militärischen Einrichtungen von Bombach nördlich Mey. Mehrere Geschwader unternahmen hintereinander Aufstiege, eines deren sieben. An der Sommerfront verbrannten die Franzosen zwei deutsche Fesselballons. Ein deutsches Flugzeug warf vier Bomben auf Baccarat. Keine Verluste, Schaden unbedeutend.

Amtlicher Bericht von Sonntag abend: Am rechten Ufer der Maas beschossen die Deutschen von 5 Uhr ab das Werk Thiaumont und unsere Stellungen in Fleury, dem Chapitre-Wald und Le Chénais heftig. Kein Infanterieangriff. Im Laufe des Tages zeitweise aussehendes Geschützfeuer an der übrigen Front.

Luftkrieg: Heute morgen hat einer unserer Flieger nach einander zwei feindliche Flugzeuge in der Gegend von Verdun zum Absturz gebracht. Eines fiel in die französischen Linien, das zweite zwischen die deutschen und unsere Schützengräben. Gleichfalls am Morgen wurde ein anderes deutsches Flugzeug durch eines unserer Flugzeuge nach Kampf zum Niedergehen in unsere Linien bei Moyenville (nördlich von Estrées) gezwungen, die beiden feindlichen Flieger wurden gefangen genommen. Das Flugzeug neuer Bauart ist unbeschädigt.

Belgischer Bericht: Im Laufe des Nachmittags entfalteten die deutsche Artillerie und Schützengrabensmittel lebhafteste Tätigkeit in den Abschnitten von Steenstraete und Het Sos. Die Belgier richteten ein erfolgreiches Zerstörungsfeuer auf eine feindliche Batterie südlich von Tervote.

Die englische Meldung.

London, 6. August. (B. Z. B.) Amtlicher britischer Bericht. Westlich von Pozidres machten wir Fortschritte in der Richtung auf Martinpuich. Der Feind griff das von uns nordwestlich von Pozidres genommene Gelände zweimal an. Bei dem ersten Angriff gebrauchte der Feind brennende Flüssigkeiten und drängte uns zeitweise aus einem der eroberten Gräben zurück. Später aber gewannen wir alles bis auf eine Strecke von 40 Yards zurück. Der zweite Angriff wurde unter Verlusten für den Feind abgeschlagen. Beträchtliche Tätigkeit bei Carancy, Loos und St. Eloi. Wir griffen feindliche Gräben an und verursachten große Verluste. Die Artillerie leistete Hilfe. Flugzeuge haben mehrere Geschützstellungen zerstört.

London, 6. August. (B. Z. B.) General Haig berichtet: Wir haben im Hochwalde (High Wood) weitere Fortschritte gemacht.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 7. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 6. August, nachmittags. — Westfront: An den Flüssen Graberla und Sereth, südlich Droby haben den ganzen Tag heftige Kämpfe stattgefunden, deren Gegenstand die Dörfer und Höhen auf dem linken Flussufer bilden. Der Gegner leistet äußerst heftigen Widerstand, und setzt wiederholte Gegenangriffe an. In den Dorfsitzen entspann sich ein erbitterter Kampf und wir mußten den Gegner aus verschiedenen Gebäuden vertreiben. Alle Gegenangriffe wurden abgewiesen und der Widerstand des Gegners wurde gebrochen. Unsere Truppen nahmen die Dörfer Jvohajin (? Jvohajin), Matitsche Gysstopodj, Miezghornj, Onidawa, Jaloitne (? Jaloitne) und alle Höhenzüge bezwungen. Eines unserer tapferen Kosakenregimenter attackierte feindliche Infanterie und eine Batterie und warf den Gegner nach Südwesten zurück. Bei diesen Kämpfen machten wir 35 Offiziere und mehr als 8000 Soldaten zu Gefangenen.

Am Pruth, südlich Delatin, im Raume von Dora, Jazemoje und Jablonica wurde ein feindlicher Angriff durch unser Feuer zum Stehen gebracht.

Kaukasus: Im Süden des Flusses Kalkit eroberten unsere Truppen bei der Weiterführung ihrer Angriffe wiederum besetzte feindliche Stellungen, die stellenweise aus fünf Linien Schützengräben bestanden. Sie machten 7 Offiziere, darunter den Kommandeur des Regiments 52, und 108 Kstaris zu Gefangenen und erbeuteten 4 Maschinengewehre und eine große Menge Waffen. Gegenangriffe

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 7. August 1916. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Pozidres wurden den Engländern Grabenteile, die sie vorübergehend gewonnen hatten, im Gegenangriff wieder entzogen. Seit gestern abend sind neue Kämpfe zwischen Thiepal und Bazentin-le-Petit im Gange. Nördlich des Gehütes Monacu wurde abends ein schwächerer, heute früh ein sehr starker französischer Angriff glatt abgewiesen.

Die Kämpfe auf dem Thiaumont-Rücken sind, ohne dem Feind Erfolge zu bringen, zum Stehen gekommen. Am Ostrand des Bergwaldes wiesen wir einen französischen Angriff ab.

Mehrfache Angriffe feindlicher Flieger im rückwärtigen Gelände blieben ohne besondere Wirkung, wiederholter Bombenabwurf auf Mey verursachte einigen Schaden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Auf dem nördlichen Teile keine besonderen Ereignisse. Gegen die vorgestern gesäuberte Sanddüne südlich von Zarocze (am Stochod) vordringende feindliche Abteilungen wurden durch Gegenstoß zurückgeschlagen.

Nordwestlich und westlich von Zalocze blieben russische Angriffe erfolglos. Südlich davon wird auf dem rechten Sereth-Ufer gekämpft.

Unsere Fliegergeschwader haben mit beobachtetem Erfolge zahlreiche Bomben auf Truppenansammlungen an und nördlich der Bahn Kowel-Sarny abgeworfen.

Front des Feldmarschalleutnants Erzherzogs Carl.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer ist die Lage im allgemeinen unverändert.

In den Karpathen gewannen unsere Truppen die Höhen Plak und Dereskowata (am Czermosz).

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkabsbericht.

Wien, 7. August 1916. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Feldmarschalleutnants Erzherzogs Carl.

In der Bukowina ist die Lage unverändert. In den ostgalizischen Karpathen führte der gestrige Tag zur Eroberung der russischen Höhenstellungen bei Jablonka, bei Wrocht und westlich von Zatarom. Die Armee des Generalobersten v. Kovsch wies im Raume beiderseits von Delatin zahlreiche Angriffe von beträchtlicher Stärke ab. Auch am Nordhügel der Armee des Generals v. Bothmer scheiterten vereinzelte Vorstöße des Gegners.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Bei Betrella und Zalocze wird um jeden Schritt Boden erbittert gekämpft. Bei den Kämpfen um den westlich von Zalocze liegenden heiligherrlichen Weierhof Trociarczek, der seit gestern nachmittags wieder in unserem Besitz ist, liefen die Russen zahlreiche Gefangene in unserer Hand.

Südlich von Stobychwa am Stochod wurde ein Uebergangsvorstoß der Russen vereitelt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern früh setzte das heftige Artilleriefeuer an der Isonzo-front vom Tolmeiner Brückenlopf bis zum Meere von neuem ein. Nach vielstündiger äußerst heftiger Beschichtung griffen die Italiener um 4 Uhr nachmittags an zahlreichen Stellen des Goerzer Brückenlopfes und der Hochfläche von Dobers an; so entwickelten sich am Monte Saborino, bei Peoma und am Monte San Michele erbitterte Kämpfe, die die ganze Nacht hindurch andauerten und auch jetzt noch nicht abgeschlossen sind. Gegenangriffe unserer Truppen brachten den größten Teil der von dem Gegner im ersten Anlauf genommenen ganz zerstückelten vorderen Stellungen wieder in eigenen Besitz. Am einzelnen Gräben wird noch heftig gekämpft; bisher sind 32 Offiziere und 1200 Mann gefangen worden.

Goerz steht andauernd unter schwerem Artilleriefeuer, das in der Stadt mehrere Brände verursachte. Mit weittragenden Geschützen wurde gestern auch Sissiana beschossen. — An der Trioler Ostfront scheiterten wiederholte Vorstöße gegen die Höhenstellungen nördlich von Paneveggio.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 6. d. Mts. vormittags hat Linienschiffleutnant Danfeld mit einem Seekriegszeug ein italienisches Großkampfflugzeug (Caaroni) nach längerem Luftkampf in 2700 Meter Höhe über dem Golfe von Triest abgeschossen und hiermit das vierte feindliche Flugzeug bezwungen. Das Flugzeug führte bei Sissiana ab und verbrannte. Von den Insassen ist ein Leutnant tot, ein Unteroffizier schwer, ein Unteroffizier leicht verwundet worden. **Flottenkommando.**

des Feindes wurden restlos abgewiesen. Westlich Erzindjan eroberten wir zwei Reihen Schützengräben und nahmen 4 Offiziere, 50 Kstaris mit 2 Maschinengewehren gefangen und fügten dem Feinde schwere Verluste zu. Westlich des Piedens Dghnut kamen wir einige Werst vorwärts und eroberten zwei Höhen. Im Raume von Musch und Wittis griff der Feind an, wurde jedoch von unseren Truppen aufgehalten.

Schwarzes Meer: Unsere Torpedoboote versenkten bei Korajun 42 Rähne, bei Somsun (? Jascun, 110 Kilometer westlich Tirebold) beschossen sie Rähne und ein Depot. Am 4. August wurde bei Batum ein feindliches U-Boot beobachtet.

Petersburg, 7. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 6. August, abends. — Westfront: An den Flüssen Graberla und Sereth richtet der Feind heftiges Artilleriefeuer gegen das von uns kürzlich gewonnene Gelände. Nach ergänzenden Meldungen steigt die Zahl der am 4. und 5. August gemachten Gefangenen auf 140 Offiziere, darunter ein Regimentskommandeur,

und mehr als 5500 Soldaten; die Gefangenenzahl wächst noch dauernd. Außerdem wurden Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet.

Kaukasus: Die Kämpfe dauern an.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 6. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht. An der Front zwischen Gsch und oberem Isonzo setzte der Feind seine kräftige Beschichtung gegen unsere Linien oder gegen bewohnte Orte fort. Dann unternahm er an einigen Punkten heftige Infanterieangriffe. Gestern war die feindliche Artillerie besonders tätig auf dem linken Ufer des Bergstroms Leno, im Brandtal, im Abschnitt des Palubio, am Eingang des Posinatal, im Suganatal und am Hochcordebole. Besonders erbitterte Infanteriekämpfe fanden gleichfalls auf den Abhängen des Monte Sief statt, wo drei aufeinander folgende Angriffe vor unseren Stellungen zerfielen. Am Eingang in das Costeanatal im Abschnitt von Falzago warfen die feindlichen Batterien schweren Kalibers über 500 Granaten gegen unsere Linien, ohne daß es ihnen gelang, unseren festen Widerstand zu erschüttern. Im Chiarotal und im Hochbogno neue feindliche Beschichtung gegen bewohnte Orte. Unsere Batterien erwiderten und verwüsteten die Lager feindlicher Truppen im Dorfe Raibl im Seebachtal. Am unteren Isonzo lebhafter Artilleriekampf. Unsere Batterien riefen Brände in Depots von Nabrefina und auf der Rückseite des Monte Costich hervor. Bei den Angriffen am 4. August im Abschnitt von Monfalcone stellten wir fest, daß der Feind in den von uns eroberten Gräben besondere Bomben zurückgelassen hatte, die beim Verspringen ersiekende Gase ausströmten. **Cadorna.**

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 6. August. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 5. August. Am 2. August hat ein russischer Zerstörer Treholi, eine ganz unverteidigte Ortschaft, beschossen und ein Krankenhaus und 32 Häuser ohne jede militärische Eigenschaft zerstört. So antworteten die Russen auf die menschlichen Rücksichten, die unsere Flotte nimmt, um die friedliche Bevölkerung der kaukasischen Küste zu schonen. Als am 17. Juli 1916 unsere Flotte ein russisches Schiff, das auf der Reede bei Sotchi Sotcha Quitt vor Anker lag, versenken wollte, fürchtete sie, die Geschosse könnten in der Stadt Schaden anrichten, verzichtete deshalb darauf, auf das Schiff zu schießen und versenkte es durch einen Torpedo.

Ein ergänzender Bericht, der von dem Unterseebootskommandanten über das russische Schiff „Viperiud“ erstattet worden ist, das nach den Behauptungen der Russen von uns versenkt worden sein soll, obwohl es ein Hospitalschiff gewesen sei, besagt: Am 21. Juli vormittags um 7 Uhr 55 Minuten habe ich aus einer Entfernung von 800 Meter westlich von Batum ein schwerbeladenes Schiff versenkt, das einen schlecht aufgemalten roten Streifen hatte, tief eingetaucht war und kein anderes sichtbares Abzeichen trug. Trotz dieser geringen Entfernung war kein Anzeichen zu bemerken, daß dieses Schiff ein Hospitalschiff war. Ich habe indessen in einer Entfernung von 2000 Meter ein ebenso schwer beladenes Schiff bemerkt, als es in den Golf von Surmene hineinfiel, das an seinem Schornstein ein undeutliches kleines Kreuz trug, aber keines der genau vorgeschriebenen Zeichen hatte. Da ich erkannte, daß es zum roten Kreuz gehörte, ließ ich es unbehellig vorbeifahren. Wir hoffen, daß die russische Regierung einsehen wird, daß derartige Irrtümer leicht vermieden werden können, wenn sie ihre Hospitalschiffe mit dem Haager Abkommen entsprechenden Abzeichen versehen ließe, und wenn sie ihnen vorschriebe, statt dicht an der Küste entlang, das Verdacht erregen muß, über das freie offene Meer zu fahren.

Konstantinopel, 7. August. (B. Z. B.) Hauptquartiersbericht vom 6. August.

An der Front keine Veränderung.

In Persien wurde ein von den Russen gegen unsere Stellungen nördlich von der Ortschaft Bikan mit allen verfügbaren Kräften unternommener Angriff mit schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen, der sich von neuem nach Norden zurückziehen mußte. Er ließ bei unserem Gegenangriff eine Anzahl Gefangene in unseren Händen.

An der Kaukasusfront besetzten wir auf dem rechten Flügel im Abschnitt von Wittis den Berg Nebatt 6 Kilometer südwestlich von Wittis, obwohl der Feind hartnäckig Widerstand leistete. Ebenso wurde der Angriff, den wir auf die Berge von Kalkit südöstlich von Wittis unternahmen, mit Erfolg fortgesetzt. Im Abschnitt von Musch endete ein von uns im Laufe des 5. August gegen den außerordentlich steilen Berg Kozma (20 Kilometer südöstlich von Musch) unternommener Angriff mit regelloser Flucht des Feindes. Ein Teil unserer Truppen marschierte auf der Verfolgung in die Ortschaft Kizilagatsch (16 Kilometer westlich von Musch) ein. Im Laufe dieses Kampfes nahmen wir einen Leutnant und über 200 Mann gefangen und erbeuteten sieben Kanonen, darunter zwei 15-Zentimeter-Haubigen, und 5 Feldgeschütze sowie 6 Maschinengewehre. Im Zentrum und auf dem linken Flügel im Küstenabschnitt gestern keine wichtige Kampfhandlung.

Von der ägyptischen Front ist kein neuer Bericht eingegangen.

Kein wichtiges Ereignis an den anderen Fronten.

Der Vorstoß gegen den Suezkanal.

London, 6. August. (B. Z. B.) Amtlich. Der Oberbefehlshaber in Ägypten berichtet folgende weiteren Einzelheiten über das Gesecht in der Gegend von Romant am 4. August: Der Feind machte in Verbindung mit einem Planenangriff um unseren südlichen Flügel einen Frontalangriff auf die britischen Gräben unter Einwirkung von 14 000 Mann und schweren Haubigen. Der Frontalangriff mißglückte. Vor dem Planenangriff zogen sich unsere berittenen Truppen langsam zurück, bis der Feind am späten Abend des 4. August in die Sanddünen geraten war. Dann wurde von allen Waffengattungen ein Gegenangriff unternommen, der vollen Erfolg hatte, und am 5. August bei Tagesanbruch wurde die Verfolgung des sich zurückziehenden Feindes kräftig aufgenommen und bei Abfassung dieses Berichtes fortgesetzt. Der Feind erlitt schwere Verluste, und bis 8 Uhr abends am 5. August waren über 2500 verwundete Gefangene, darunter einige Deutsche, 4 Gebirgsgeschütze und eine Anzahl von Maschinengewehren eingebracht. Unsere Verluste sind nicht schwer. Die neuseeländischen und australischen berittenen Truppen entwickelten Fähigkeit im Aushalten des starken Planenangriffes und Energie und Initiative, die des höchsten Lobes wert sind, bei der Verfolgung. Die beteiligten Territorialtruppen haben sich vorzüglich bewährt, namentlich bei Bewegungen über den tiefen Sand, trotz der großen Hitze. Monitore haben durch ihre

Feuer von der Wucht von Tina aus die Operationen erheblich unter-
stützt, während die Tätigkeit des königlichen Fliegerkorps vortrefflich
gewesen ist.

London, 7. August. (W. T. V.) Aus Kairo wird amtlich
gemeldet: Die Zahl der unverwundeten Gefangenen beträgt jetzt
45 Offiziere und 3100 Mann. Die Verfolgung dauert fort.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 6. August. (W. T. V.) Lloyd meldet, daß der dänische
Dampfer „Jägerborg“ versenkt worden sei. 20 Mann seien ge-
rettet worden. Ebenso sei der englische Fischdampfer „Egyptian
Prince“ versenkt worden, neun Mann seien gerettet worden.

London, 7. August. (W. T. V.) Lloyd meldet, daß der britische
Dampfer „Mount Robinson“ versenkt wurde.

London, 7. August. (W. T. V.) Lloyd meldet aus Lowestoft,
daß der Fischdampfer „Loch Lomond“ versenkt wurde. Die
Besatzung wurde gefoltert.

Eine englische Erklärung.

London, 7. August. (W. T. V.) Das Reutersche Bureau stellt
entschieden in Abrede, daß, wie in deutschen Zeitungen gemeldet
wurde, britische Hospitaldampfer für Truppentransporte verwendet
würden. Die Namen aller britischen Hospitaldampfer seien gemäß den
Genfer und Haager Konventionen allen Kriegführenden mitgeteilt
worden, und sie würden nur unter den in diesen Konventionen ge-
statteten Bedingungen benutzt.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 6. August. (W. T. V.) General Smuts berichtet
unter dem 20. Juli: Endlich haben wir die Zentrallisenbahn er-
reicht, die von Dar-es-Salam nach dem Innern bis Tabora geht.
Dort haben die Streitkräfte unter General van Deventer die Station
Doboma genommen. Weiter östlich sind zwei Abteilungen bis auf
Schubwele an dieselbe Eisenbahn herangekommen. Der Feind
wurde von unseren britischen Truppen verfolgt.

Im Westen hat die britisch-belgische Abteilung des Generals
Crewe, die sich auf die Küsten des Victoria-Sees stützt, gute Fort-
schritte gemacht, und im Südwesten hat General Northey von der
Grenze des Kaplandes aus den Feind gegen die Zentrallisenbahn
zurückgedrängt, wobei er eine Anzahl Gefangene gemacht hat, unter
denen sich Ueberlebende von der Besatzung der „Königsberg“ be-
finden. Die Versenkung eines deutschen Dampfers sichert uns end-
gültig die Herrschaft auf dem Tanganjika-See.

Eine neue Rede von Asquith.

London, 5. August. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen
Bureaus. Anlässlich des zweiten Jahrestages der Kriegserklärung
wurde unter dem Vorsitz Lord Derby eine große Versamm-
lung in Queenshall abgehalten. Asquith brachte fol-
gende Resolution zur Abstimmung: Am zweiten Jahrestage
der Erklärung dieses gerechten Krieges gibt diese Versammlung der
Londoner Bürger ihrer unwandelbaren Entschlossenheit Ausdruck,
den Kampf für die Ideale, Freiheit und Gerechtigkeit, die die ge-
meinsame geheiligte Sache der Verbündeten bilden, bis zu einem
siegreichen Ende fortzusetzen.

Darauf hielt Asquith folgende Rede: Vor zwei Jahren
wurde Deutschland in der Woche, die dem Ausbruch des Krieges
vorausging, das Opfer einer doppelten Täuschung. Deutschland
war völlig sicher, daß wir, was wir auch immer als Protest tun oder
sagen würden, niemals mit den Waffen in der Hand an der Seite
Frankreichs und Russlands treten würden. Ebenso sicher war man
in Deutschland, daß das schwache und — wie es Deutschland schien —
schulpflege Belgien mit Schmeicheln und Gewalt dazu gebracht
werden würde, Deutschland zu gewähren, was es am meisten brauchte,
nämlich das Recht des Durchmarsches nach Frankreich. Das war ein
Fehler und — wie sich herausstellte — ein sehr kostspieliger Fehler,
denn während zwei Jahren hat das britische Reich, die fried-
liebendste Familie von Völkern auf der Oberfläche der zivi-
lisierten Erde, 5 Millionen seiner Söhne ausgehoben, um sie ins
Feld zu schicken und damit Deutschlands Absichten zunichte gemacht.
Noch niemals hat sich in das wirre und stümperhafte Gebilde der
deutschen Diplomatie ein so großer Irrtum eingeschlichen und eine
Auffassung, die für ihre Träger so verhängnisvoll gewesen ist. Als
vor zwei Jahren der Handschuh hingeschleudert war, hatten wir
sehr bald eingesehen, daß wir vor einer jener epochenmachenden Ent-
scheidungen stünden, in denen der Kampf nicht zwischen einem
Staat und einem anderen geführt wird, sondern in dem es sich
um einen Kampf zwischen verschiedenen und unerbittlichen
Ideen handelt, zwischen Mächten einerseits, die für Freiheit,
Männlichkeit der Typen und Organisationen und für unge-
hemmten Fortschritt der Menschheit einstehen, und Mächten, die
notwendigerweise früher oder später alle Staaten zu einer Um-
bildung und Erneuerung der Welt unfähig gemacht hätten.

Asquith fuhr fort: Ich möchte gerne besonders auf die unge-
trübte Einigkeit der verbündeten Länder Frankreich, Rußland,
Italien und uns selbst aufmerksam machen. Nichts ist während des
letzten Jahres bemerkenswerter gewesen als der Erfolg, mit dem
die Verbündeten eine gemeinsame Politik und einen einheitlichen
Plan suchten und befolgten. Ich bin froh, daß ich in diesem Augen-
blick sagen kann, daß zwischen uns in allen Kriegsfragen voll-
kommene Uebereinstimmung besteht. Es gibt kein besseres, prak-
tischeres Beispiel für diese unzweifelhafte Tatsache als die gleich-
zeitige Offensive, die jetzt mit solcher Kraft und mit solchem Erfolg
an nicht weniger als drei Fronten durchgeführt wird. Um auf
uns selbst zurückzukommen, so halte ich es für das Glorreichste und
Ermutigendste in der Aufstellung unserer neuen Armeen, daß eine
so riesige Zahl von Männern in jeder Lebenslage freiwillig Heim-
familienbande und Beruf aufgegeben hat, um im Dienste des
Staates ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Diese neuen Armeen, die
während des letzten Monats auf dem blutigen Feld der
Westfront sich unsterbliche Lorbeeren errungen haben, sind das beste
Denkmal, das Lord Kitchener sich hätte wünschen können.

Ich habe von der Armee gesprochen; was soll ich aber von
unserer und unserer Verbündeten Donatesschulden an die britische
Flotte sagen, die sich natürlich ebenso wie die Armee nach Waffen-
gängen mit dem Feinde auf offener See seht. Der Feind geht
dabei mit größter Vorsicht zu Werke. Es werden sich nur wenig
Gelegenheiten dazu bieten. (Weiterkeit.) Seit dem glorreichen
Sieg vom 31. Mai, wie ihn der Kaiser nennt, hat sich die deutsche
Hochseeflotte oder was davon übrig ist, nicht getraut, aus dem
Hafen herauszukommen. (Hier ist die Originaldeutsche sehr un-
klar.) Die Deutschen schämen offenbar davor zurück, ihre glori-
reichen Erfahrungen zu wiederholen, und nicht ohne Grund, denn
noch einige solcher Siege würden nichts oder nur sehr wenig von der
deutschen Flotte übrig lassen. (Weisfall.) Wenn es aber unsern
Seeleuten auch nur selten vergönnt ist, sich auf offener See im
Kampf mit dem Feinde zu messen, so dürfen wir doch nie vergessen,
daß es die Flotte ist, die in unaufdringlicher stiller Weise Wacht
hält und mit immer eherner Umklammerung die Macht der Deut-
schen und ihre Widerstandskraft erschöpft und das Leben Deutsch-
lands erdrückt. In der ganzen Geschichte ist niemals ein so
deutlicher Beweis von der alles überragenden Wichtigkeit der Be-
herrschung der See erbracht worden.

Der Feind befindet sich überall in der Defensiv. (Weisfall.)
Auf keinem Kriegsschauplatz hat er die Initiative in der Hand oder
versucht er, sie in der Hand zu behalten. Es sind Anzeichen von
bedrücklicher Schwäche oder Erschöpfung vorhanden, die kaum
täuschen können. Die jüngsten Kampfergebnisse des Feindes ver-
raten meiner Meinung nach Ansätze einer verzweifelten Stimmung.
Ich meine da die Verrohung und wohlüberlegte Grausamkeit. (Weis-
fall.) Die belgische Zivilbevölkerung, die sich weigert, an der Er-

haltung und Verbesserung der militärischen Stellungen her in das
Land eingedrungenen Unterbrüder mitzuarbeiten, wird hauptsächlich
als Sklaven behandelt. Die Schrecken der vor kurzer Zeit durch-
geführten Deportierung eines großen Teils der Zivilbevölkerung
von Lille und anderen Städten des nördlichen Frankreichs, die
miternächtigen Ueberfälle auf Privatwohnungen und die moien-
hafte Entführung von Frauen und Kindern vereinigen sich zu einer
Geschichte, die, wenn sie einmal vollständig niedergeschrieben sein
wird, selbst für die schmutzigen Annalen der deutschen Armee noch
ein Schandfleck sein wird. (Weisfall.) Wir können hier in England
auch nicht die Lege gegen uns selbst gerichtete Familie vergessen,
nämlich die Ermordung des Kapitäns Pratt, die die ganze zivi-
lisierte Welt entrüstet und ihr Gewissen schändlich verletzt hat. Wir
erwägen im Verein mit unseren Verbündeten die geeigneten Me-
thoden, die gegenüber diesen Abscheulichkeiten und ihren Urheber
angewendet werden sollen (anhaltender Weisfall) und gegen die Na-
tion, die sie begeht und mit Weisfall begrüßt. Vergessen wir aber
nicht die Voraussetzung zu jedem derartigen Schritt, wenn er wirk-
lich Erfolg haben soll, nämlich die, daß wir den Krieg gewinnen.
Das ist unser höchstes Ziel, dem wir alles unterordnen. Ich sagte,
den Krieg gewinnen. Es ist, glaube ich, die einstimmige Ueber-
zeugung des Generalstabes der Verbündeten, daß unsere Aussichten
auf einen Sieg niemals so glänzend gewesen sind, wie jetzt, oder so
vielversprechend. Alles, was unsere Verbündeten brauchen, oder
unsere Sache, ist die Zusammenfassung unserer Energie und, was
uns betrifft, die Fortdauer desselben überwältigenden selbstlosen weit-
blickenden Patriotismus, der Hunderttausende, ja Millionen unserer
besten Arbeiter, Männer und Frauen, veranlaßt hat, auf ihre Feier-
tage zu verzichten. (Weisfall.)

Senator Law unterstützte die von Asquith der Versammlung
unterbreitete Resolution, die durch Jurof angenommen wurde. Er
sagte: Der Sieg, auf den wir ausgehen und den zu erringen wir
fest entschlossen sind, wird überhaupt kein Sieg sein, wenn er nicht
bedeutet, daß es sowohl für unsere Zeit, wie für die Zeit, die nach
uns kommt, unmöglich gemacht wird, daß ein Mann oder eine
Gruppe von Männern die Welt in solches Elend stürzt, wie es uns
heute umgibt. Wo immer die deutschen Truppen hinkommen, sind ihre
Füßtapfen von Blut besetzt gewesen, und das Andenken, das sie zu-
rücklassen, schreit laut nach Sieg und Rache. (Weisfall.) Durch ihre
Methoden und den Druck, den sie ausüben, haben die Deutschen
mehr dazu beigetragen, das britische Reich zusammenzuschweißen, als
Generationen unseres eigenen Volkes es hätten tun können.

(Anmerkung des W. T. V.): Ob die englischen Minister
unter dem Galgen Casements und angesichts der Schlacht am Suez-
kanal Anlaß haben, mit ihren staatsmännischen Leistungen und kriegerischen
Erfolgen so zufrieden zu sein, wie sie sich den Anschein
geben, kann dahingestellt bleiben. Die Verhöhnung unserer Diplo-
matie und unserer Flotte und die wüste Beschimpfung unseres Heeres
macht an und für sich nicht den Eindruck, als ob die ehrenwerten
Herren ihrer Sache so sicher wären. Und Herr Asquith hat schließ-
lich selbst bemerkt zu müssen geglaubt, die Voraussetzung für alle
Strafmaßnahmen gegen Deutschland sei, daß England den Krieg ge-
winne. Sehr richtig, Herr Asquith, und deswegen ist Ihre ganze
Rede belangloses Geschwätz!)

Politische Uebersicht.

Fälschung der öffentlichen Meinung.

Nach den Versammlungen des Deutschen Nationalauschusses
vom 1. August unterstrich die alldeutsch-nationalistische Presse mit
verdächtigem Eifer die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil des
erschienenen Publikums an verschiedenen Orten mehr auf Seiten
der „Unentwegten“ als der Anhänger der „mittleren Linie“ ge-
standen habe. Besagte dieser Hinweis zwar nichts über die An-
schauungen der breiten Massen, da bekanntlich nur das
zahlunfähige Bürgertum an den Versammlungen des National-
auschusses teilgenommen hat, so konnte durch detartige Unter-
streichungen immerhin der Eindruck erweckt werden, als habe das
Bestreben einzelner Redner des Nationalauschusses — von allen
kann man das nicht behaupten — die Auswüchse des Annezi-
onismus zu bekämpfen, den spontanen Protest der Anwesen-
den ausgelöst. Nun erfahren wir aber aus der „Frankfurter
Zeitung“, daß die in einzelnen Versammlungen erfolgten
Kundgebungen für die „schärfere Tonart“ vorher sorgfältig
organisiert worden sind. Das Blatt gibt folgenden Auszug
aus einem in Massen verbreiteten Rundschreiben des
„unabhängigen Ausschusses für einen deutschen
Frieden“, gezeichnet Professor Dr. Dietrich Schäfer und
datiert Berlin, den 22. Juli, wieder:

„Der Deutsche Nationalauschuss“ wird mit einer umfassen-
den Arbeitstätigkeit beginnen. Es sollen für den 1. August nicht
weniger als 75 Vorträge in 50 Orten in Aussicht genommen sein.
Wir bitten unsere Vertrauensmänner dringend, sobald die Ver-
anstaltung einer Versammlung des „Nationalauschusses“ ange-
kündigt wird, und von der geplanten Versammlung und dem in
Aussicht genommenen Redner umgehend Mitteilung zu
machen. Sache unserer Vertrauensmänner wird es dann sein,
genau zu über wachen, was geschieht, für möglichst zahl-
reichen Besuch unserer Besinnungsgeossen zu sorgen und,
wenn Diskussion zugelassen, zu widersprechen, sofern
etwas vorgebracht wird, was unseren Anschauungen entgegensteht.
Es werden als Redner des „Deutschen Nationalauschusses“
Herren genannt, die wir als unsere Besinnungs-
geossen ansehen müssen, da sie sich für uns eingetragen
haben, von denen wir also annehmen dürfen, daß sie in unserem
Sinne sprechen werden. Geschieht das, so können wir das nur
begreifen. Wird aber etwas vorgebracht, was wir als irre-
leitend oder schädlich ansehen müssen und ist keine Gelegenheit
gegeben, sogleich zu widersprechen, so müssen die Ver-
trauensmänner baldmöglichst Versammlungen folgen lassen, in
denen unsere Auffassung nachdrücklich vertreten wird. Sofern sie
für solche Versammlungen die nötigen rednerischen Kräfte nicht
zur Verfügung haben, sind wir zu helfen bereit.“

In demselben Rundschreiben fordert Professor Schäfer gleich-
zeitig zur Ueberwachung und Beeinflussung der
Presse auf. Diese Aufforderung ergänzt das Bild, das sich hin-
sichtlich des Treibens des „unabhängigen Ausschusses“ aus seinem
Rundschreiben ergibt und das manche Erscheinungen in den Ver-
sammlungen und dann in der Presse hinreichend erklärt. Einmal
sorgten die Vertrauensleute der „unabhängigen“ für zahlreiche
Besuch der Versammlungen, für Ueberwachung der Vorträge und,
wo es anging, für „Widerprüche“ an Ort und Stelle, die dann als
„spontane Willenskundgebungen“ ausgegeben wurden. Hier setzte
offenbar sofort die gewünschte Ueberwachung und Beeinflussung der
Presse ein, deren Reueherungen wiederum in derselben Weise wie
die „Kundgebungen“ in den Versammlungen ausgefächelt wur-
den. Ferner ergibt sich aus dem Rundschreiben noch die pikante
Tatsache, daß als Redner des Deutschen Nationalauschusses Herren
genannt wurden, die sich als Anhänger der alldeutschen
Anneziionisten eingetragen hatten. Wir wissen nicht,
wie viele von diesen Herren tatsächlich gesprochen haben. Immerhin
ergibt sich aus den Berichten über die Versammlungen vom
1. August, daß so mancher Redner der angeblichen „mittleren Linie“
den zur „Ueberwachung“ erschienenen Vertrauensleuten Professor
Schäfers laum Anlaß zum „Widerpruch“ gegeben haben dürfte.

Alles in allem vervollständigen die nun an die Öffentlichkeit
gezogenen Praktiken des „unabhängigen Ausschusses“ für einen
deutschen Frieden“ das Bild, das wir über die jetzt inaugurierte
„Ausschusspolitik“ entworfen haben. Zusammen mit der dem
Nationalauschuss gewährten Propagandafreiheit ermöglichten es
die hinter den Kulissen betriebenen Vorbereitungen seiner Nach-

barri von Täts, daß die beschriebenen Mächtigungen des Bürgertums
mehr oder minder offen ihre „gemäßigten“ oder extremen Forde-
rungen zum Ausdruck bringen konnten. Den einen wurde es
leichter gemacht, den anderen schwerer, allein das Gesamt-
ergebnis war ein für das Bürgertum als Ganzes immerhin
befriedigendes. Ausgespart waren lediglich diejenigen, die
weber mit den „Unentwegten“ noch mit den „Gemäßigten“ gehen.
Diese Tatsache gilt es nun besonders zu unterstreichen, um der
Annahme entgegenzutreten, als hätten die breiten Massen der wert-
tätigen Bevölkerung irgend etwas gemein mit denjenigen, die sich
anmachen, am 1. August entweder in ihrem Namen gesprochen oder
„spontan“ protestiert zu haben.

Zusammentritt des Bundesratsauschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Der Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten
tritt heute vormittag unter dem Vorsitz des bayerischen Minister-
präsidenten Grafen v. Hertling in Berlin zusammen. Wie
wir hören, ist der Einberufung des Ausschusses indessen eine be-
sondere Bedeutung nicht beizulegen, sie entspringt
vielmehr lediglich dem Bedürfnis der gegenseitigen Aussprache
über allerlei Tagesfragen, die allgemeine Lage, die
russische Offensive und ähnliches. Da die Bundesrats-
mitglieder jetzt während der Vertagung des Reichstags und in der
Zeit der Sommerferien nur selten vollständig in Berlin sind, hat
der Reichskanzler den Ausschuss zu dieser Sonder Sitzung eingeladen.

Kriegsbeschränkungen für Landarbeiter.

Das stellvertretende Generalkommando des 17. Armeekorps
hat angeordnet, daß sämtliche Empfänger von Deputat in Stadt
und Land das ihnen vertraglich zustehende Deputat
an Butter, Schmalz oder Speisefett nur noch in
Höhe von 50 vom Hundert erhalten dürfen. Die in
Deputat stehenden Saisonarbeiter dürfen von jetzt ab nur
125 Gramm Fett für die Woche und den Kopf erhalten. An Stelle
der wegfallenden Fettmengen sind die Deputatempfänger durch
Weiß oder durch Gewährung von Marmelade, Rus, Honig oder
Sirup zu entschädigen.

Ferner ist angeordnet worden, daß die mit Landarbeit be-
schäftigten russischen Arbeiter und Arbeiterinnen an den auf den
15. August und 8. September 1916 fallenden katholischen Feier-
tagen die Arbeit nicht verweigern dürfen. Arbeitsverweigerung
oder vorläufige Nachlässigkeit in der Arbeit wird bestraft. Der
Versuch ist strafbar, ebenso die Aufforderung oder Anreizung zu
einer Zuwiderhandlung.

Nach einer weiteren Verordnung ist jede nach ihrem Stande,
ihren Kräften und ihren Fähigkeiten geeignete Person männlichen
und weiblichen Geschlechts verpflichtet, auf Erfordern bei allen
landwirtschaftlichen Arbeiten im Bezirk ihres Wohnsitzes mitzu-
helfen. Falls die Bitterungsverhältnisse es erfordern, ist die Her-
anziehung zur Arbeit auch an Sonntagen stat-
haft. Jede Arbeitsverweigerung, auch von vertraglich angestellten
Arbeitern, wird bestraft. (2)

Rentenempfänger und Erntearbeiten.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin weist darauf
hin, daß Rentenempfänger, die Erntearbeiten verrichten, keinerlei
Beschränkungen wegen etwaiger Rentenentziehungs-Maßnahmen zu
haben brauchen. Die Landesversicherungsanstalt Berlin wird grund-
sätzlich die Verrichtung von Erntearbeit nicht zum Anlaß auf Ein-
leitung eines Rentenentziehungs-Verfahrens nehmen.

Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder.

Berlin, 8. August. (W. T. V.) Es ist eine neue Bekannt-
machung betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme
von Leder (Eh. II. 888/7. R. R. A.) erschienen, die an Stelle
der bisherigen Bekanntmachung betreffend Höchstpreise von Leder
Eh. II. 888/1. 16 R. R. A. tritt. Durch die neue Bekanntmachung
sind die Höchstpreise für Leder entsprechend den kürzlich erlassenen
neuen Höchstpreisen für Häute verändert und vielfach herabgesetzt
worden. Auch die Bestimmungen über die Freigabe von beschlag-
nahmtem Leder und seine Verwendung haben Abänderungen er-
fahren.

Anfragen von nichtamtlichen Stellen wegen der Bekannt-
machung sind, sofern sie sich auf die Preise beziehen, an die Ge-
schäftsstelle der Gutachterkommission für Lederhöchstpreise in
Berlin W. 9, Budapester Str. 11/12, und sofern sie sich auf die
Beschlagnahmebestimmungen beziehen, an die Meldestelle der
Kriegs-Rohstoff-Abteilung für Leder und Lederrohstoffe in Berlin,
ebenda, zu richten.

Die Bekanntmachung tritt mit dem 1. September 1916 in
Kraft. Ihr Wortlaut, der für die beteiligten Kreise von Wichtig-
keit ist, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Einfuhrverbot von Rohtabak und Tabakfabrikaten.

Berlin, 7. August. (W. T. V.) Mit Rücksicht auf die im In-
land vorhandenen erheblichen Mengen an Tabak und am Brei-
treibereisen hintanzuhalten, hat der Reichskanzler die Einfuhr
von Rohtabak und Tabakfabrikaten — abgesehen
von Zigarettenabfall, für den bekanntlich eine besondere
Regelung erfolgt ist — mit Wirkung vom 7. August 1916
ab verboten; Ausnahmen sind für unterwegs befindliche Sen-
dungen und vor dem 7. August 1916 gekaufte Partien zugelassen.
Zugleich hat der Bundesrat zur Verhinderung von Preissteigerungen
und zur Vorbereitung einer angemessenen Verteilung der im
Inland vorhandenen Vorräte den Verkauf, die Veräußerung und
den Erwerb derselben vorübergehend verboten; Ausnahmen von
dem Verbot sind vorgesehen, soweit sie zur Aufrechter-
haltung des Betriebes erforderlich sind. Sie werden von der
Rohstoffabteilung-Prüfungsstelle in Bremen nach Prüfung der An-
gemessenheit der Preise verteilt auf Grund einer Bescheinigung
der „Deutschen Zentralstelle für Kriegserlieferungen von Tabakfabri-
katen“ in Minden (Westfalen) über das Bedürfnis.

Eine zweite Verordnung des Bundesrats verbietet die sogen-
annten Frühkäufe von Rohtabak der inländischen diesjährigen
Ernte.

Letzte Nachrichten.

Der Nationalrat der französischen Sozialisten.

Bern, 7. August. (W. T. V.) An dem Kongress des
Nationalrats der französischen sozialistischen Partei in Paris
haben über zweihundert Abgeordnete teilgenommen, die un-
gefähr dreitausend Mandate wahrnahmen. Die erste Sitzung
wurde von dem Abgeordneten Mahitral, einem Vertreter der
Minderheit, geleitet. Bei der Erörterung der Berichte des
ständigen Verwaltungsausschusses verwarf die Minder-
heit gegen die Haltung der Mehrheit, der sie vorwirft, das
Parteiorgan allein für ihre Lehren und Interessen auszu-
nutzen. Die Minderheit beantragte ferner, im angemessenen
Verhältnis in dem Propaganda-ausschuss der Partei vertreten
zu sein. Der Antrag wurde von den Vertretern der Mehr-
heit wie Renaudel u. a. in sehr bewegter Aussprache bekämpft
und die Abstimmung darüber mit 1800 gegen 1000 Stimmen
der Minderheit auf den Schluß der Tagung verschoben.

Gewerkschaftliches.

Militärische Schlichtungsstellen.

Militärische Schlichtungsstellen zur Beilegung von Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern in den Betrieben der Metallindustrie Thüringens werden von dem Stellvertretenden Generalkommando des 11. Armee-Korps zu Kassel in den Städten Apolda, Arnstadt, Koburg, Eisenach, Erfurt, Jena, Gera, Gotha, Greiz, Mühlhausen i. Th., Nordhausen, Ruhla, Saalfeld a. S., Salzungen, Schmalkalden, Sömmerda, Suhl, Weimar und Zella-St. Blasii errichtet.

Die Grundlage der aufgestellten Bestimmungen ist folgende: Die Arbeiter sollen gehalten werden, nicht ohne Einwilligung des Unternehmers die Entlassung nehmen zu können. Gegen die Verweigerung des Entlassungsscheines kann der Arbeiter die Schlichtungsstelle anrufen. Der Arbeiter darf vor der Entscheidung der Schlichtungsstelle die Arbeit nicht aufgeben. Die Schlichtungsstelle muß innerhalb einer Woche entscheiden; sie kann eventuell selbst den Entlassungsschein sofort ausstellen. Nimmt der Arbeiter keine Entlassung entgegen der Entscheidung der Schlichtungsstelle, so sollen ihn andere Unternehmer innerhalb einer beschränkten Frist nicht einstellen dürfen.

Für die einzelnen Schlichtungsstellen ernannt das Generalkommando Vertrauensmänner. Die Vertrauensmänner haben nur die Befugnisse der Antragsteller auf Entlassungsscheine entgegenzunehmen, den Antragstellern mitzuteilen, daß sie bis zur getroffenen Entscheidung in der Arbeitsstelle bleiben müssen, und die Beschwerde bzw. die Anträge an den vom Generalkommando ernannten Schiedsrichter weiterzugeben.

Der Schiedsrichter ladet die Parteien zu den Verhandlungen und entscheidet allein. Besucher werden nicht ernannt. Ein Schiedsrichter hat alle Verhandlungen und Entscheidungen an den Orten der genannten Schlichtungsstellen zu erledigen. Der Vertrauensmann jeder Schlichtungsstelle hat mit den Verhandlungen und Entscheidungen nichts zu tun; er übt nur korrespondierende Tätigkeit aus.

Zu den Verhandlungen kann der Unternehmer selbst erscheinen oder er kann einen seiner Beamten als Vertreter entsenden oder als Vertreter mitbringen. Der Arbeiter kann seine Sache ebenfalls selbst vertreten oder einen Vertreter an der Verhandlung teilnehmen lassen. Der Vertreter des Arbeiters darf nur von den Arbeitern aus irgendeinem in der Umgegend der Schlichtungsstelle befindlichen Betriebe entnommen werden. Berufsvertreter sind als Vertreter ausgeschlossen.

Zur Aufnahme der Anträge, zur Führung der notwendigen Korrespondenz und der Verhandlungsvorbereitung werden vorgegedruckte Formulare benutzt werden, die so gehalten werden, daß sie zugleich zu einer Kartothek verwendet werden können.

Diese Schlichtungsstellen zeigen ein neues Gesicht. Hoffentlich läßt das Generalkommando praktische Vorschläge der Arbeiter später zur Geltung kommen. Die Zahl der Schlichtungsstellen ist so groß, weil Arbeiter und Unternehmer keine Unkosten und Zeitverluste durch Reisen erleiden sollen. Für alle Schlichtungsstellen ist nur ein Schiedsrichter ernannt, um Kräfte zu sparen und um dem Herrn Gelegenheit zu geben, in die Sache einzudringen. Der Schiedsrichter soll ohne Weisfänger handeln, um Zeit in allen Sachen zu ersparen und Streit über den Einfluß der Parteien zu vermeiden. Dem Schiedsrichter ist eine Aufgabe gestellt, die er nützlich nur dann lösen wird, wenn er Verständnis für die Arbeiter und ihre soziale und wirtschaftliche Lage hat.

Die Metallarbeiter werden für den Ausbau der kommenden Schlichtungsstellen sorgen müssen. (2)

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausbruch für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Schlosser A. fordert von der Firma B. den Kriegsschein, weil die Arbeit bei der Firma ihm zu schwer ist. Da der Schlosser ein ärztliches Attest vorlegen kann, in dem ihm bestätigt wird, daß er für schwere Arbeit nicht geeignet ist, wird ihm der Kriegsschein ausgestellt.

Der Schlosser C. und der Schlosser D. von der Firma E. wollen den Kriegsschein, weil sie ihrer Meinung nach zu wenig verdienen. Bei der Verhandlung ergibt sich, daß beide nicht ausprobiert haben. Beide sind 17 Jahre alt. C. hat 95 Pf. pro Stunde Verdienst und D. 85 Pf. Da beide in diesem Betrieb Gelegenheit haben, sich zu vervollständigen, um später wirklich als vollwertige Schlosser gelten zu können, lehnt der Kriegsausbruch die Erteilung eines Kriegsscheines ab.

Der Werkzeugmacher D. von der Firma G. will einen Kriegsschein, weil er behauptet, beleidigt worden zu sein. Die Feststellungen ergeben, daß in den von ihm selbst angegebenen Kupferungen des Vorgelegten keine Beleidigung liegt, doch soll D. wegen seiner schlechten Augen Arbeit erhalten, welche die Augen weniger anstrengt. In seinem Verdienst, der zurzeit 1,35 M. pro Stunde beträgt, soll er dabei nicht geschmäht werden. Ein Kriegsschein wird nicht erteilt.

Der Monteur K. von der H. G. will einen Kriegsschein, weil er glaubt, nicht seinen Fähigkeiten entsprechend beschäftigt zu werden. Es wird festgestellt, daß es sich nur einmal um eine gelegentliche Arbeit gehandelt hat, die als Zwischenarbeit gemacht wurde, jedoch auch noch durchaus als Schlosserarbeit anzusprechen ist. Der Kriegsausbruch hat die Gründe des Monteurs nicht als ausreichend anerkennen können und die Erteilung eines Kriegsscheines abgelehnt.

18 Schlosser einer Abteilung der Firma D. wollen einen Kriegsschein, weil sie zu wenig verdienen. In der Aussprache erfolgt eine Verhandlung dahin, daß die Schlosser sofort eine Zulage erhalten. Damit erhebt sich die Ausstellung eines Kriegsscheines.

Der Kriegsschädigte Dreher E. von der Firma Sch. in B. will einen Kriegsschein, da er die lange Fahrt zur Arbeit nicht ertragen kann. Das Verlangen des Drehers wird als berechtigt erklärt und erhält derselbe den Kriegsschein. Von derselben Firma erscheint der Dreher K. und will einen Kriegsschein. Als Begründung gibt K. an, er wäre seinerzeit während eines Streiks bei der Firma Sch. dort in Arbeit getreten und glaube nun, daß er bei der Preisfestsetzung aus dem Grunde benachteiligt wird. Der Streik, um den es sich handelt, liegt mehr als zwei Jahre zurück. Der Vertreter der Firma erklärt es für ausgeschlossen, daß K. irgendwie benachteiligt werde, und da andere Gründe nicht vorliegen, auch nicht angegeben werden, lehnte der Kriegsausbruch die Erteilung eines Kriegsscheines ab.

Der Schlosser W. der in einem Spandauer Betriebe beschäftigt ist, will aufhören, weil er nicht genügend verdient. W. ist 18 Jahre alt und erhält pro Stunde 95 Pf. Es würde das Verlangen Ws unter diesen Umständen nicht als berechtigt anerkannt werden; da W. jedoch angibt, daß er der Ernährer seiner Geschwister ist und eine erhebliche Summe seines Verdienstes pro Woche zur Unterhaltung dieser Geschwister abgibt, wird W. aufgefordert, hier-

für einen ausreichenden Nachweis zu erbringen, und soll er dann entweder einen entsprechend höheren Verdienst erhalten oder aber es wird ihm ein Kriegsschein ausgestellt.

Ausland.

Das internationale Steinarbeitersekretariat im Jahre 1915/16.

Das in Basel domizilierte internationale Steinarbeitersekretariat hat erstensweise während des Krieges bis jetzt seine Verbindungen mit den ihm angeschlossenen Landesverbänden aufrecht erhalten und daher jetzt auch den zweiten Bericht in der Kriegszeit veröffentlicht. Der Bericht, der den Zeitraum vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 umfaßt. Einleitend wird im Bericht auch mit Genehmigung konstatiert, daß die meisten Landesverbände vielfach ganz ansehnliche Lohnerhöhungen oder Zulagen zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder erringen konnten. Trotz der mitunter scharfen Jenuer in den kriegsführenden Ländern gestaltete sich der schriftliche Verkehr zwischen dem Sekretariat und den Landesverbänden sehr rege und umfangreich. Das Sekretariat verhandelt 802 Korrespondenzen und 246 Pakete und vermittelte für 18 im Militärdienst stehende Mitglieder von Verbänden und ihren Angehörigen regelmäßige Korrespondenz, wobei es sich hauptsächlich um Deutschland, Oesterreich und Italien handelte. Auch der gegenseitige Austausch der Verbandsorgane der verschiedenen Landesorganisationen wird durch das Sekretariat besorgt, speziell zwischen den deutschen und französischen. Die Verichterstattung der Verbände an das Sekretariat erfolgt prompt, mit Ausnahme jener in Belgien, Finnland und den Balkanländern. Die Verbände in Spanien und England bekundeten für das internationale Steinarbeitersekretariat ihre warmsten Sympathien, sie veröffentlichten auch die Quartalsberichte des Sekretariats, aber der Appell an ihre Verbandsklassen blieb erfolglos. Die Spanier interessieren sich für die Gründung eines internationalen Bauarbeiterverbandes. Mehrere Zirkulare der englischen Trades Unions konnten wegen ihrer einseitigen Stellungnahme zum Weltkrieg nicht weiter geleitet werden. Die regste Korrespondenz wurde mit Frankreich geführt, dessen Verbandsleiter an der Ausbreitung und Befestigung des internationalen Gewerkschaftsbundes mitwirkte.

Weniger befriedigend gestalteten sich die Kassenerhältnisse des internationalen Steinarbeitersekretariats, da die Ansprüche gestiegen, die Einnahmen aber zurückgegangen sind. Dabei wirkt auch der schlechte Geldkurs in Oesterreich, Ungarn und Italien schädlich mit. So mußte der Sekretär aus Privatmitteln Gelder für die Bedürfnisse des Sekretariats aufzulegen. Amerika sagte seine Hilfe zu, aber es ist von drüben noch nichts eingegangen. Von den sieben Verbänden in Deutschland (289,50 Fr.) Norwegen, Oesterreich, Dänemark, Schweden, Italien, Frankreich und der Schweiz gingen insgesamt nur 881,45 Fr. ein, denen 1092 Fr. an Ausgaben gegenüberstehen, so daß sich ein Defizit von 460,59 Fr. ergibt.

Von elf Verbänden mit vergleichenden Mitgliederzahlen weist einzig der spanische Verband eine Zunahme von 2100 Mitgliedern seit dem Kriege auf; alle anderen Verbände haben erhebliche Mitgliederverluste erlitten.

Den nächsten Jahresbericht hofft Genosse Koch in neuer Friedenszeit erstatten zu können.

Aus der Partei.

Die bürgerliche Presse und die Generalversammlung von Teltow-Beeskow.

Der Bericht über die von dem alten Vorstand einberufene Generalversammlung von Teltow-Beeskow beschäftigt die bürgerliche Presse in ungewöhnlichem Maße. Die Angaben aus dieser Generalversammlung, daß die anwesenden Delegierten 20 000 Mitglieder repräsentierten und daß nur 6000 Mitglieder ihre Beiträge nicht an den alten Kreisvorstand abgeführt hätten, wird allgemein als „glatter Erfolg“, als überreicher Sieg jener Richtung im Kreise betrachtet, die auf dem Boden der Politik der Fraktionsmehrheit steht. Wir verzichten darauf, an dieser Stelle zu dem in Teltow-Beeskow ausgebrochenen Streit Stellung zu nehmen; wir haben über die Versammlung, die der alte Vorstand für den letzten Sonntag einberufen hatte, und die dort gemachten Ausführungen und Zahlenangaben genau so objektiv berichtet, wie seinerzeit über die Kreisgeneralversammlung, die der Groß-Berliner Zentralvorstand für den 23. Juli einberufen hatte, auf der bekanntlich der neue, bis dahin nur provisorisch wirkende Kreisvorstand endgültig gewählt wurde.

Die Bestimmen, die von dem großen Erfolg des alten Vorstandes berichten, übersehen indessen durchweg jenen Bericht über die Versammlung vom 23. Juli. Hier stellte die Mandatsprüfungskommission bekanntlich fest, daß die auf ihr anwesenden Delegierten 27 Orte mit (vor dem Kriege) 34 000 Parteimitgliedern repräsentierten, während nur 3000 Mitglieder nicht vertreten waren. Ohne uns für die Wichtigkeit dieser oder jener Angabe zu erklären, dürfen wir wohl darauf hinweisen, daß sich der hier klaffende Widerspruch daraus ergibt, daß man auf der einen wie auf der anderen Versammlung den anwesenden Vertretern der verschiedenen Orte jeweils alle an diesem Orte vorhandenen Parteigenossen als durch sie vertreten zählte. Die Angaben des Kassierers des alten Vorstandes, daß für 20 500 Mitglieder mit ihm abgerechnet worden wäre und nur für 6000 nicht, kann dabei tatsächlich wenig entscheiden, aus dem einfachen Grunde, weil sich die Vorstände jener örtlichen Organisationen, die sich inzwischen ausdrücklich für den neuen Kreisvorstand erklärt haben, größtenteils ihre letzte Abrechnung noch mit dem Kassierer des alten Vorstandes vollzogen, da ja der neue die Geschäfte noch nicht übernommen hatte. — Da die bürgerliche Presse das nicht berücksichtigt, müssen ihre Schlussfolgerungen natürlich in mancher Hinsicht bedenklich erscheinen.

Aus den Organisationen.

Eine am 6. August in Görlitz tagende Kreisversammlung des Sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Görlitz-Lauban, die von 20 Ortsvereinen besucht war, stimmte nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Laubadel einstimmig folgender Resolution zu:

Die Kreisversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Görlitz-Lauban erklärt sich mit der Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes einverstanden.

Die deutsche Parteileitung hat nachdrücklich alles getan, um durch Aussprache und gemeinsames Handeln mit den sozialistischen Parteien der feindlichen Länder für Beendigung des Krieges zu wirken. Leider wurden alle diese Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie bis jetzt schroff abgelehnt.

Solange bei den Feinden Deutschlands keine Friedensgeneigtheit besteht, gebietet es das Interesse der deutschen Arbeiterklasse, an der am 4. August 1914 begonnenen Kriegspolitik festzuhalten. Die Konferenz verurteilt aufs schärfste das parteizerrüttende Treiben einiger Mitglieder der Parteiposition und fordert vom Parteivorstand die baldige Einberufung einer Reichskonferenz, auf der Maßnahmen zu treffen sind, die die innere Geschlossenheit der Partei sicherstellen. Sie richtet den Appell an die Parteigenossen und -genossinnen des Wahlkreises Görlitz-Lauban, auch weiterhin für die Geschlossenheit unserer Bewegung zu wirken.

Der bisherige Kreisvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Kreisversammlung ermächtigt den Vorstand für den Fall, daß eine Reichskonferenz stattfindet, die Befugnis dieser Konferenz für die Kreisorganisation zu regeln.

Soziales.

Wem gehört das Lohnbuch?

Vor der Kammer I des Gewerbegerichts werden öfter Klagen durchgeführt, wo Arbeiter die Herausgabe des Lohnbuches verlangen, welches der Arbeitgeber bei Lösung des Arbeitsverhältnisses verweigerte. Es handelt sich um die Lohnbücher, welche durch Bundesratsverordnung auf Grund des § 114a der Gewerbeordnung für die Schneiderei und Konfektion eingeführt sind. Die Frage, wer das Eigentumsrecht an dem Lohnbuche hat, ist strittig. § 114a der Gewerbeordnung sagt hierüber:

„Das Lohnbuch oder der Arbeitszettel ist von dem Arbeitgeber auf seine Kosten zu beschaffen und dem Arbeiter nach Vollziehung der vorgezeichneten Eintragungen vor oder bei Uebergabe der Arbeit kostenlos auszubändigen.“

Der Vorsitzende der Kammer I des Gewerbegerichts, Magistratsrat Dr. Leo, sieht — wie aus einem von ihm in der „Deutschen Juristenzeitung“ veröffentlichten Aufsatz hervorgeht — auf dem Standpunkt, daß der Arbeitgeber Eigentümer des Lohnbuches bleibe und deshalb nicht gezwungen werden könne, dem Arbeiter das Buch nach der Lösung des Arbeitsverhältnisses zu belassen, denn es stehe nichts davon im § 114a, daß das Eigentumsrecht an dem vom Arbeitgeber auf seine Kosten zu beschaffenden Lohnbuche auf den Arbeiter übergehe. Das Lohnbuch sei nach den vorgezeichneten Eintragungen dem Arbeiter vor oder bei Uebergabe der Arbeit auszubändigen. Da nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Uebergabe von Arbeit nicht mehr erfolge, so habe der Arbeiter kein Recht, die Ausbändigung des Lohnbuches zu verlangen.

In Arbeiterkreisen herrscht dagegen mit Recht die auf die Entstehungsgeschichte des § 114a und dessen sinngemäße Auslegung gestützte Ansicht, daß das Lohnbuch nach der erstmaligen Uebergabe an den Arbeiter in das Eigentum des Arbeiters übergegangen ist. Diese Auffassung geht davon aus, daß ja die Lohnbücher deshalb eingeführt sind, um dem Arbeiter ein sicheres Beweismittel für den vereinbarten Arbeitslohn in die Hand zu geben, daß ihm aber dieses Beweismittel genommen werde, wenn es nach Lösung des Arbeitsverhältnisses zu einem Streit um die Lohnvereinbarung komme, und das Lohnbuch in Händen des Arbeitgebers verbleiben sei. Auch der Wortlaut „kostenlos auszubändigen“ beweist die Richtigkeit dieser Auffassung.

Das Verlangen, ein Beweismittel über die vereinbarte Lohnhöhe zu haben, ist denn auch meistens der Grund zu den Klagen auf Herausgabe des Buches. Die Arbeitgeber begründen die Zurückbehaltung des Lohnbuches in der Regel damit, daß in dem Buche erst wenige Eintragungen gemacht seien und daselbe deshalb für einen anderen Arbeiter weiterbenutzt werde.

Die Urteile, welche die Kammer I des Gewerbegerichts in derartigen Klagen fällt, fallen bald so, bald so aus, je nachdem im Beratungszimmer die Ansicht des Vorsitzenden oder die entgegengelegte Anschauung durchdringt. Bei der Geringwertigkeit des Klagegegenstandes erscheint es ausgeschlossen, daß diese Streitfrage jemals in der Berufungsinstanz entschieden wird und sich so vielleicht eine einheitliche Rechtsprechung herausbildet. Leberigens könnten derartige Streitfälle ganz vermieden werden, wenn die Arbeitgeber nicht Lohnbücher, sondern Arbeitszettel — die ja nach § 114a zulässig sind — an die Arbeiter ausgeben würden. Um den Besitz des Zeitells wird es wohl keinen Streit geben.

Gerichtszeitung.

Gegen die Metallwarenerordnung.

Der Händler Heinrich Weitmann hat die Verordnungen über die Bestandaufnahme und Beschlagnahme von Metallen mißachtet und sich dadurch eine Anklage zugezogen, die ihn gestern vor die Ferienstrafkammer des Landgerichts I führte.

Der Angeklagte, der bis dahin mit allen möglichen Dingen handelte, hat sich nach Ausbruch des Krieges auf den Handel mit Messing und Kupfer geworfen und darin anscheinend erhebliche Umsätze erzielt. Eine bei ihm vorgenommene Revision ergab, daß er andauernd das vorgezeichnete Lagerbuch nicht geführt hat, so daß eine ganze Anzahl von Einzelgeschäften nicht ermittelt und nicht festgestellt werden konnte, wo die Metalle geblieben sind. Der Angeklagte wollte sich damit entschuldigen, daß er, als aus Galizien stammend, sich in den verschiedenen Verordnungen nicht habe zurechtfinden können. Das Gericht hielt ihn aber nicht für einen so wenig intelligenten und harmlosen, sondern für einen sehr gewiegten Kaufmann, durch dessen Hände ganz erhebliche Posten gegangen sind. Mit Rücksicht hierauf verurteilte ihn das Gericht zu 2000 M. Geldstrafe eventuell für je 12 M. zu einem Tage Gefängnis.

Teure Wurst.

Kriegswucher und Vergehen gegen die Verordnungen des Magistrats betr. das Feilhalten von außerhalb der Provinz Brandenburg bezogenen Fleisch- und Wurstwaren wurde dem Fleischermeister Adolf Honisch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Last gelegt.

Der Angeklagte hatte aus Oldenburg Wurst bezogen und diese feilgehalten, ohne von dem Magistrat die Erlaubnis eingeholt und von diesem den Preis festgesetzt bekommen, auch ohne die vorgeschriebene Plombe angelegt zu haben. Er bezog die Wurst zu einem Preise von 3 M. und verkaufte sie zu einem Preise von 5,50 M. für das Pfund. Er behauptete, daß er die Wurst am 22. März aus Oldenburg erhalten habe; sie sei weich gewesen, und da das Publikum feste Ware verlangte, habe er sie bis Mai hängen lassen und die Wurst erst im Mai zum Verkauf gebracht. Es habe sich dabei ergeben, daß die 2 1/4 Kilogramm, die er bezogen, einen Trockenverlust von 10 Pfund aufwiesen; deshalb sei der geforderte Preis gerechtfertigt gewesen. Der Sachverständige der Preisprüfungsstelle Dr. Kaufmann bestritt diese Angaben und berechnete den Preis, zu welchem der Angeklagte die Wurst hätte verkaufen dürfen, auf 4,02 M. für das Pfund. Der Rechtsanwalt hielt die vorliegende Ueberschätzung des Publikums für so ungeheuerlich, daß er 1000 M. Geldstrafe in Antrag brachte. Das Schöffengericht erkannte auf 200 M. Geldstrafe.

Straßenbahnunfall.

Die Straßenbahnführerin Frau Heinrich hatte sich gestern wegen fahrlässiger Transportgefährdung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Zu ihrem Glück ist der Unfall, den sie verschuldet hat, noch ziemlich glimpflich abgelaufen.

Am 3. Juni marschierte die 3. Kompanie des Ersatzbataillons des 2. Garderegiments 3. P. von einer Übung heimkehrend, durch die Chausseestraße. Die vorausschreitenden Spielleute mußten vor einem Straßenbahnwagen ausweichen und gerieten so auf das Gleise der entgegengekehrten Richtung. Die Angeklagte, die den auf diesem Gleise fahrenden Wagen leitete, fuhr in das Militär hinein, anstatt zu halten oder mit der Glocke die nötigen Warnungszeichen zu geben. Hierdurch wurden die Spielleute arg gefährdet; zwei von ihnen wurden vom Wagen der Angeklagten gestreift, zu Boden geworfen und leicht verletzt, ein dritter erlitt eine etwas stärkere Verletzung, die aber bald wieder geheilt ist. Die Angeklagte übte das Amt der Wagenführerin erst seit April aus. Nur mit Rücksicht hierauf und um der Angeklagten nicht die Möglichkeit der weiteren Tätigkeit in ihrem Berufe zu nehmen, verhandelte sich das Gericht zu der milden Strafe von 30 M., ermahnte aber die Angeklagte ernstlich, für die Zukunft nie wieder in so rücksichtsloser Weise durch die Straßen Berlins zu fahren.

Chronik des Weltkrieges.

8. August 1914.

W. T. B. meldet, daß am 2. August 1914 der deutsche Gesandte in Brüssel der belgischen Regierung mitgeteilt hat, daß Deutschland, um einem feindlichen Angriff zuvorzukommen, den Durchmarsch seiner Truppen durch Belgien unternehmen müsse.

Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Sei Belgien bereit, im Kriege eine wohlwollende Neutralität anzunehmen, so verpflichte sich Deutschland, beim Friedensschluß Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfange zu respektieren. Sollte dagegen Belgien den deutschen Truppen feindselig entgegenzutreten, so würde Deutschland das Königreich als Feind betrachten und keinerlei Verpflichtungen übernehmen.

Am 8. August wird gemeldet, daß nach den vorliegenden Meldungen über die Kämpfe um Lüttich die Landesbewohner sich am Kampfe beteiligen sollten. Sollte sich das bestätigen, so werde der Krieg mit unerbittlicher Strenge auch gegen die schuldige Bevölkerung geführt und in der Selbstverteidigung kein Pardon gegeben werden.

Französische Truppen beginnen aus der Richtung Belfort vorzugehen, werden aber zurückgeschlagen.

Russische Kavallerie überschreitet bei Eydtkuhnen die Grenze, weicht aber beim Erscheinen deutscher Kavallerie wieder auf russisches Gebiet zurück.

An der Grenze Mittel- und Ostgaliziens kommt es zu Zusammenstößen zwischen russischen und österreichischen Truppen.

Der englische kleine Kreuzer „Amphion“ wird durch deutsche Minen an der Themsemündung versenkt.

Das Ehrengerichtsverfahren gegen Karl Liebknecht, das wegen der Charakterisierung des russischen Herrschers als eines „Lügenjargon“ und „Blutjargon“ eingeleitet worden war, wird eingestellt.

8. August 1915.

An der Westfront Stellungskrieg.

An der Ostfront weiterer Vormarsch. Die Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand meldet 6000 Gefangene.

Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei Pommerens nimmt einstimmig eine Resolution für Bassermann an unter Betonung, daß die gewaltigen Erfolge unseres unvergleichlichen Heeres und unserer todesmutigen Flotte auch politisch reiflos ausgenutzt werden müssen.

Das tägliche Brot.

Der Verkehr mit Butter.

Am 20. Juli 1916 treten die Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Butter vom 8. Dezember 1915 und über vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiete der Fettversorgung mit dem 12. August 1916 außer Kraft.

Von diesem Tage ab ist die gesamte Molkereibutter zugunsten der Kommunalverbände beschlagnahmt. Der Reichsstelle sollen nach § 21 der neuen Verordnung die durch den Verteilungsplan festgesetzten und sonst etwa sich ergebenden Ueberschüsse seitens der Landesverteilungsstelle geliefert werden.

In der ersten Zeit werden sich jedoch gewisse Uebergangsschwierigkeiten ergeben. § 40 der Verordnung vom 20. Juli 1916 sieht daher den Erlaß von Uebergangsbestimmungen vor. Diese sind nunmehr ergangen; danach sind die bei den Molkereien bis zum 12. August 1916 seitens der Zentral-Einkaufsgesellschaft beziehungsweise der Landesverteilungsstellen beanpruchten Mengen auch nach dem 12. August 1916 noch an die Zentral-Einkaufsgesellschaft beziehungsweise an die Landesverteilungsstellen abzuliefern. Inwieweit erleidet der § 10 der Verordnung vom 20. Juni 1916 für die erste Zeit eine Abänderung.

Für die Ablieferungsverpflichtungen gelten die Vorschriften der Verordnung vom 20. Juli 1916, und dementsprechend greifen auch für den Fall der Nichterfüllung der Ablieferungs- und Abbezugsverpflichtungen die in der Verordnung vorgezeichneten Strafbestimmungen, die schärfer sind, als die früheren, Maß.

Erhöhung des Preises für Sonnenblumensamen.

An allen Orten, wo, veranlaßt durch den Anstuf des Kriegsauswichses für Öle und Fette, der Anbau von Sonnenblumen auf zum Ackerbau nicht geeigneten Gelände erfolgt ist, dürfte die Bestimmung der Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1916, durch welche der Preis von 100 Kilogramm Sonnenblumensamen auf 45 M. erhöht worden ist, mit Freude begrüßt werden. Auf Grund der Verordnung werden den Ablieferern von den Eisenbahnstationen nicht 40 Pf. wie im Vorjahre, sondern 45 Pf. für das Kilogramm Sonnenblumen vergütet werden. Als Annahmestellen von Sonnenblumensamen kommt jede Station aller deutschen Eisenbahnverwaltungen in Betracht (zumeist die Güter- und Güterabfertigungsstellen). Die Eisenbahnministerien machen darauf aufmerksam, daß die Kerne von dem Verkäufer in einem reinen, möglichst staubfreien Zustand, ohne Verunreinigung mit Blüten- oder Blätterteilen und unvermengt mit anderen Samen abgeliefert werden müssen.

Die Reifezeit der Sonnenblumen ist je nach Aussaat und Art verschieden und reicht von Ende August bis in den Oktober. (Im Westen früher, im Osten später.) Der Kriegsauswich für Öle und Fette macht darauf aufmerksam, daß ein großer Teil der vorjährigen Sonnenblumenernte zu früh geerntet wurde, was zur Folge hatte, daß bei einem Teil der zur Ablieferung gelangten Mengen etwa die Hälfte unreif und daher für die Delgewinnung beziehungsweise für die neue Aussaat unbrauchbar war. Die Bevölkerung wird deshalb dringend ersucht, in diesem Jahre den im Sommer 1915 gemachten Fehler zu vermeiden und sich streng an die Vorschriften des vom Kriegsauswich kostenlos jedermann zur Verfügung gestellten Merkblattes halten zu lassen.

Wucher überall.

Die „Tägliche Rundschau“ meldet, daß mit Saccharin eine ungeheuerliche Spekulation versucht wurde. Während in Friedenszeiten ein Pfund etwa mit 14 M. bezahlt wurde, sollten die Drogenhändler kürzlich schon für 80 Gramm 14 M. entrichten, also nahezu sechsmal soviel. Diese haben darauf größtenteils den Vertrieb des Saccharins eingestellt. Zur Klarstellung sei bemerkt, daß die einzige in Deutschland bestehende Saccharinfabrik an dieser ungeheuerlichen Preissteigerung unschuldig ist.

Wenn die Fabrik keine Schuld trifft, dann müßte doch gerade bei diesem Artikel, dessen Abnehmer leicht festzustellen sind, kräftig zugegriffen werden. Ganz offenbar haben es einige geriebene Spekulantentypen verstanden, die Vorräte an Saccharin an sich zu bringen und treiben nun den unerschämtesten Wucher. Diese Schritte müßte nicht bloß strafrechtlich gefolgt, ihre Namen müßte auch der breitesten Öffentlichkeit übergeben werden.

An die arbeitende Jugend Groß-Berlins!

Der diesjährige Massenausflug

findet statt am nächsten Sonntag, den 13. August 1916, nachmittags, nach Kaulsdorf Süd, Bahnstation Sadowa, Restaurant Sanssouci. — Darbietungen: Bewegungsspiele, Reigentänze, Vorführungen sportlicher Art (Freilübungen, Stafettenlauf), unter Leitung und Mitwirkung des Turnvereins „Fichte“, Gesang, Musik, Rezitation. — Allgemeiner Treff- und Sammelpunkt: Mittags 1 Uhr am Bahnhof Köpenick, von dort gemeinsamer Spaziergang nach dem Festplatz.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen! Agitiert für eine Massenbeteiligung! Vietet alles auf, um auch den letzten Jugendlichen auf die Beine zu bringen! Es gilt unserem Feste, unserem Groß-Berliner Jugendtag einen würdigen Verlauf zu geben. Darum auf zum Massenausflug!

Gäste, besonders Eltern und Angehörige der arbeitenden Jugend, sind willkommen!

Aus Groß-Berlin.

Schulspeisung in städtischer Regie.

Der Kranz städtischer Küchen und Ausgabestellen für die Massenspeisung wird in kurzer Zeit geschlossen sein. Die Organisation für die Speisensherstellung und -verteilung ist getroffen und funktioniert. Sich herausstellende Mängel können mit der Zeit beseitigt, das Essen nach Möglichkeit verbessert und schmackhafter hergestellt werden.

In dieser Situation hat sich der Berliner Magistrat auch mit der Speisung bedürftiger Schulkinder wieder befaßt. Bisher wurden diese Kinder in den Küchen des Vereins Nationaler Kindervolksküchen gespeist. Die Stadt zahlte an den Verein für jede Portion Mittagessen 18 Pfennige. Seit Jahren hat die Frage der Schulspeisung Magistrat und Stadtverordnete beschäftigt.

Im Februar dieses Jahres beschloß die Stadtverordnetenversammlung einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, ihr baldmöglichst eine Vorlage zu machen, nach der die Schulspeisung im Eigenbetriebe der Stadt stattfindet. Es sollte endlich der Zustand beseitigt werden, daß ein Verein, auf den die Stadt keinerlei nachhaltigen Einfluß besitzt, die Schulspeisung nur ausübt, für die schließlich doch die Gemeindebehörden die Verantwortung tragen. Die jetzige Lage, die durch die Massenspeisung geschaffen wurde, hat die Ausführung des Stadtverordnetenbeschlusses erleichtert. Und deshalb hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Schulspeisung vom 1. Oktober ab in eigener Regie in den geschaffenen städtischen Küchen vorzunehmen.

Dieser Magistratsbeschuß wird nur begrüßt werden können. Er macht die Stadt unabhängig und selbständig, was bei den großen für die Schulspeisung aufgewendeten Kosten (in den letzten Jahren 500—600 000 M. jährlich) nur zu berechtigt ist. Er dürfte auch den recht unangenehmen Zustand verschwinden lassen, daß die hungernden und im Winter frierenden Kinder längere Zeit auf den Straßen warten müssen, bevor sie an die Reihe kommen. Endlich ist als sicher anzunehmen, daß das in den städtischen Küchen gereichte Essen an Nährwert das bisher gegebene übersteigen dürfte.

Mit der Uebernahme der Schulspeisung in den Eigenbetrieb der Stadt geht eine alte Forderung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ihrer Verwirklichung entgegen. Die Speisung bedürftiger Schulkinder ist bisher von Vereinen ausgeführt worden. Vor mehr denn 23 Jahren wurde während des Winterhalbjahres an bedürftige Kinder ein zweites Frühstück gegeben. Größere Mittel stellten seit Dezember 1909 der Verlagsbuchhändler Emil Mosse und seine Gemahlin bereit, die den in Frage kommenden Kindern Milch reichen ließen. Um den Kindern ein warmes Mittagessen zuteil werden zu lassen, gründete sich vor 23 Jahren der Verein der Kindervolksküchen unter Leitung des Herrn Abraham. Dieser recht rührige Verein hat auf diesem Gebiete viel Gutes geleistet. Die Zahl der Kinder, die gespeist wurden, stieg. Die Mittel des Vereins reichten aber nicht aus, so daß von der Stadt Zuschuß erbeten wurde. Immer mehr erhöhte sich dieser Zuschuß. Schließlich wurde dem Verein für jede Mittagportion Zahlung geleistet, zunächst 10 Pf., dann 12, dann 15 und endlich 18 Pf. Und wenn auch zwischen der Stadt und Herrn Abraham viele Differenzen entstanden sind, die ihre beste Erledigung in dem Magistratsbeschlusse gefunden haben, so soll heute durchaus nicht das Verdienst des Herrn Abraham für die Kinderpeisung in Berlin verkleinert werden.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat auf dem Gebiete der Schulspeisung fortgesetzt vorwärts gedrängt. Interessant ist heute, einen kurzen Rückblick zu werfen auf den Werdegang dieser Angelegenheit.

Am 18. September 1897 beantragte die sozialdemokratische Fraktion im Rathause: die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Schuldeputation zu beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und wieviel Schüler der Gemeindefschulen diese ohne Frühstück besuchen und der Versammlung die Ergebnisse dieser Erhebungen mitzuteilen.

Der Antrag wurde am 14. Oktober von Stadthagen begründet, der der Versammlung anschaulich die Verhältnisse darlegte. So sehr die Privatwohltätigkeit auch helfe, so dürfe die Stadt sich nicht auf dieselbe verlassen, sondern sie müsse die Verpflichtung anerkennen, sich selber um die Angelegenheit zu kümmern. Der damalige Stadtschulrat Vertram widersprach dem Antrage auf das entschiedenste, er malte den sozialdemokratischen Zukunftsstaat an die Wand, er warnte davor, „auf Grund eines solchen statistischen Materials nun einen Schritt zu tun in unserem Gemeindefschulwesen und von da aus in unserem sozialen Leben, der in der Tat zu dem Anfang des Kommunismus führt.“ Der Antrag, der zunächst nur Erhebungen verlangte, wurde abgelehnt, nicht einmal wurde er einem Ausschusse überwiesen, obwohl Genosse Singer noch warm für ihn eingetreten war. Ein im Dezember 1907 von unseren Genossen eingereichter Antrag ver-

langte Einrichtungen und Bereitstellung von Mitteln, um die Speisung bedürftiger Schulkinder von Stadt wegen zu bewerkstelligen. Die eigene Regie fand keine Zustimmung, weil man die freie Liebestätigkeit nicht ausschalten wollte, dagegen wurden größere Mittel für den Zweck bereitgestellt und dem Kindervolksküchenverein überwiesen.

Die Entwicklung der Sache ging weiter. Immer größer wurden die Mittel, die zu diesem Zwecke benötigt wurden, immer wieder beantragten unsere Genossen, die Stadt solle die Kinder selbst speisen. Auch in bürgerlichen Kreisen befreundete man sich mehr mit dem Gedanken, daß die Stadt den vorgezeichneten Weg gehen müsse, bis schließlich die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Eigenspeisung sich allgemein Bahn gebrochen hatte und im Februar dieses Jahres die Stadtverordnetenversammlung zu einem einstimmigen Beschlusse kam.

Jetzt endlich ist das so lange erstrebte Ziel erreicht. Hoffen wir, daß unsere Kinder und die Schule den erhofften Nutzen haben, denn die Schulspeisung ist eine wichtige Schulfrage.

Aber man sieht auch hier: Zähigkeit und Ausdauer führt schließlich doch zum Ziel!

Sicherstellung der Milchversorgung der Kinder.

Die kürzlich angekündigte vorläufige Verordnung zur Sicherstellung der vorzugsweisen Milchversorgung der Kinder, stillenden Mütter und Kranken Groß-Berlins tritt am 9. August 1916, also am Mittwoch dieser Woche, in Kraft. Die wesentliche Bestimmung ist, daß die Großhändler alle Wiederverkäufer, die sie am 1. März 1916 mit Milch belieferten, vom 9. August 1916 ab in demselben Umfange wie am 1. März 1916 mit Milch zu versorgen haben. Inwieweit der Gesamt Milchbezug des Großhändlers hinter dem des 1. März zurückbleibt, ist der Anteil der Wiederverkäufer zu kürzen, und zwar in demselben Verhältnis, in welchem der jeweilige Gesamtbezug des Großhändlers hinter dem damaligen zurückbleibt. Desgleichen kann der Großhändler eine Kürzung seiner Abnehmer inwieweit vornehmen, als der ihm verbleibende Rest nicht zur Versorgung der bei ihm angemeldeten Milchkarteninhaber ausreicht. Diejenigen Händler, die Milch im Umherfahren unmittelbar an Verbraucher abgeben, müssen dieselben Straßenzüge durchfahren, die sie am 1. März 1916 befahren haben. Die Milchgroßhändler haben, um der Milchverorgungsstelle Groß-Berlin eine Uebersicht über die Verteilung der Milch zu verschaffen, dieses bis Mittwoch, den 9. August 1916, anzuzeigen, wieviel Milch sie am 1. März 1916 und wieviel sie am 4. August 1916 erhalten und wieviel sie hiervon an den beiden Tagen an Wiederverkäufer abgegeben haben. Der Milchverorgungsstelle Groß-Berlin sind hiernach 4 Zahlen anzugeben.

Unhaltbare Zustände beim Volleschen Milchverkauf spielen sich täglich in der Wankenburg und Karower Straße in Niederschönhausen ab. Hierzu wird uns geschrieben: Durch Klagen der Frauen über das Benehmen des Kutschers veranlaßt, benutzte ich den Sonntag, um mich von den Taxischen persönlich zu überzeugen. In der Wankenburg Straße warteten circa 20 Frauen. Als der Wagen eintraf, enthielt schon ein Gedränge. Hier hielt aber der Wagen nicht, sondern fuhr circa 15 bis 20 Schritte weiter, so daß die Frauen dem Wagen nachlaufen mußten. Hier angekommen, mußten sie erst links, dann rechts vom Kutscher antreten. Ich hielt mich im Hintergrunde, um zu sehen, wie sich die Sache abspielen würde. Dem Kutscher schien mein Beobachten aber nicht zu passen, denn er fragte mich in brüstem Tone, was ich dort wolle. Ich antwortete, daß ich mich einmal davon überzeugen wollte, nach welchem Modus er die Milch verabfolgt, da manche Kunden 1 Liter und mehr bekämen, andere dagegen gar nichts. „Das bestimmt ich“, war seine Antwort. Ein junger Mensch von circa 18 Jahren, angeblich ein Kontrolleur der Firma Volle, sagte mir, daß der Kutscher nach den Vorschriften des Direktors verfare. Ein hinzukommender Mann, dessen Frau auch schon mehreremal nichts erhalten hatte, sagte dem Kutscher in ruhiger, aber bestimmter Weise, wie es ihm wohl gefallen würde, wenn seine Frau so behandelt würde, wie er es hier den Frauen gegenüber beliebt. Im nächsten Moment springt der Kutscher auf den Mann zu, dem jungen Kontrolleur den Spazierstock aus der Hand reisend, und dringt auf den Mann ein. Nur mit Mühe gelang es mir, Täuschlichkeiten zu verhindern.

Nun gehen die Beschwerden der Frauen dahin: Einige erhalten 1 Liter Milch und mehr, andere 1/2 oder 3/4 Liter und andere wieder gar nichts. Auch über das Benehmen des Kutschers den Frauen gegenüber wird geklagt. Man kann schon auf dem Standpunkt stehen, daß Familien mit kleinen Kindern mehr Milch erhalten als solche, die keine oder etwaweise Kinder haben. Aber diese dürfen auch dann nicht ganz leer ausgehen, wenn noch Milch vorhanden ist. Und Willfür muß dann ausgeschlossen sein. Das Publikum darf wohl erwarten, daß die vorhandenen Vorräte so verteilt werden, daß jeder etwas bekommt. Wissen die Frauen dies, dann entstehen auch keine Drängereien.

Vom Zweckverband.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide fand gestern eine Sitzung des Verbandsausschusses des Verbandes von Groß-Berlin im Berliner Rathause statt. U. a. wurde ein Generalbebauungsplan der Stadt Neukölln für das Gebiet zwischen der Berliner Ringbahn, Semarkungsgrenze mit Treptow und Dammtweg beraten. Dies Gebiet liegt am Stäckanal des Leltower Kanals in der Nähe des dortigen städtischen Elektrizitätswerks, Gaswerks und der neuen Ringbahnstation. Es soll für Industriezwecke reserviert werden und eine Industriebahn zur besseren Verbindung mit den einzelnen Fabrikanlagen erhalten. Nach einem Referat des Verbandsdirektors Dr. Steiniger und einem Korreferat des Oberbürgermeisters Kaiser wurde der Plan genehmigt. Außerdem standen noch mehrere Fluchtlinienpläne und gutachtliche Aeußerungen zu Polizeiverordnungen und Freisäckenangelegenheiten auf der Tagesordnung, die von keinem öffentlichen Interesse sind. Genehmigt wurde zum Schluß noch der Plan für die Kirchhofsanlage der Kirchhofsgemeinde in Berlin-Mariendorf.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag mit einer reichhaltigen Tagesordnung statt.

Herabsetzung der Kartoffelpreise.

Die Groß-Berliner Gemeinden haben in der gestrigen Sitzung des Arbeitsausschusses Groß-Berlin beschlossen, den Preis für Frühkartoffeln von Mittwoch, den 9. August, ab auf 9 Pf. für das Pfund herabzusetzen.

Kleinhandel mit Fischen.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat nach Anhörung von Sachverständigen in Bezug auf den Groß- und Kleinhandel in Fischen folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die von der Kommission der Preisprüfungsstelle in der Zentralmarkthalle für den Großhandel in Seefischen ermittelten Höchstpreise gelten auch für die außerhalb der Zentralmarkthalle im Bezirk der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin getätigten Verkäufe.

2. Im Kleinhandel mit Seefischen und solchen Süßwasserfischen, für die keine Höchstpreise bestehen, wird als angemessener Bruttotonnen ein Aufschlag von höchstens 25 Proz. auf den Einkaufspreis angesetzt mit der Ausnahme, daß bei einem Einkaufspreis von unter 40 Pf. für das Pfund ein Aufschlag von 10 Pf. auf den Verkaufspreis zugebilligt wird.

Eine Ueberschreitung dieser Preise wird die Preisprüfungsstelle als eine ungerechtfertigte Preisforderung ansehen, gegen die sie mit den gesetzlichen Mitteln einzuschreiten hat.

Arbeiterbildungsschule. Da sich am 13. August zum dritten Male der Tag fährt, an dem unser unerfesslicher Vorkämpfer August Bebel von uns genommen wurde, soll der am Donnerstag, den 10. August, fällige wissenschaftliche Einzelvortrag dem Gedächtnis unseres großen Führers gewidmet sein. Genosse Heinrich Ströbel wird in einem Vortrag die Persönlichkeit und die geschichtliche Bedeutung August Bebel's für die Arbeiterbewegung behandeln.

Der nächste naturwissenschaftliche Ausflug findet am kommenden Sonntag, den 18. August statt. Er wird von Chorinchen über Kloster Chorin, Plage- und Paarksteinsee nach Biepe und Niederfinow führen.

Abfahrt früh 5,48 Uhr ab Stettiner Bahnhof bis Chorinchen. Fahrgehalt insgesamt 2 M. Weglänge 35 Kilometer. Treffpunkt Chorinchen außerhalb der Bahnsperre. Proviant für den ganzen Tag ist mitzubringen. Der Ausflug findet bei jedem Wetter statt.

Teilnehmer schein zu 30 Pf. sind zu haben im Berliner Verbandsbureau, Lindenstr. 3, und in den Bureaus des 4. und 6. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11 und Gerichtstraße 71.

Beim Baden ertrunken. Der 12jährige Schüler Hans Hartig aus der Reichenberger Str. 179 in Berlin hatte an den Ferien spielen auf dem von der Stadt Berlin errichteten Spielplatz beim Wasserwerk in der Buhlheid am Sonnabend teilgenommen. Entgegen dem ausdrücklichen Verbot schlich sich H. mit drei anderen Knaben heimlich fort, um in der Nähe von Sedowa ein Bad in der Spree zu nehmen. Dabei wagte er sich zu weit in den Fluß hinein, geriet an eine tiefe Stelle und verankerte vor den Augen seiner Gefährten, die ihm Hilfe nicht bringen konnten. Die Leiche des Ertrunkenen ist noch nicht geborgen worden.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich in den Eisenbahnverfährten Mummelsburg ereignet. Als dort am Sonnabend der Lokführer Paul Bräuner aus Köpenick mit dem Anstreichen eines Güterwagens beschäftigt war, wurde der Waggon verheerlich rangiert. Der in Bewegung gesetzte Wagen rief B. um, bei Radieren geriet unter die Räder, die ihm das rechte Bein weit über dem Knie abtrennten. Der Verunglückte, der auch schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht, wo er bald nach der Aufnahme gestorben ist.

Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde der 15. Löschzug nach der Bielestr. 59 alarmiert, wo der Dachstuhl des Vorderhauses um 9 Uhr vormittags in Flammen stand. Brandmeister Steiner ließ mit drei Schlauchleitungen über die Treppen und eine Hochleitvorrichtung vorgehen und es gelang, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken.

Sportpark Treptow. Das Programm des Sonntages am Sonntag war zusammengefaßt aus zwei Steberrennen hinter Motorführung über 25 und 40 Kilometern mit der Besetzung Appelhans, Demke, Pawle, Schipke und einem Stunden-Mannschafts-Rennen mit 14 Mannschaften zu je zwei Fahrern, die sich nach Art der Sechstager-Rennen beliebig ablösen konnten.

Im 25-Kilometer-Rennen kam es gleich beim Anlauf der Motore in der Mitte der ersten Kurve zu einer Karambolage zwischen den Motorführern Käser und Gebhardt. Die Fahrer kamen glücklicherweise mit dem bloßen Schreden davon. Die Führungsmaschinen wurden aber beide außer Betrieb gesetzt. Als Ersatzführung sprangen Bajorath und Biewerall mit ihren Motorrädern ein. Das Rennen wurde in überaus flotter Fahrt in 22 Min. 13 Sek. von Schipke vor Pawle (260), Demke (1240) und Appelhans (1890 Meter zurück) gewonnen.

Das Stunden-Mannschafts-Rennen nahm einen recht interessanten Verlauf. Die Mannschaft Stabe-Doffmann gab schon nach Ablauf der ersten halben Stunde auf. Stabe fand wenig Unterstützung durch seinen Partner. In den Endpunkt griffen nur noch sieben Mannschaften ein. Mitt-Steinte blieb Sieger vor Lorenz-Niederkrone, Krähler-Thadewald, Kops-Mählig, Padebusch-Kruplat und Abraham-Müller. Die zurückgelegte Strecke betrug 87,800 Kilometer. Die ausgeworfenen Viertelstundenprämien fielen an Mitt, Lorenz, Trömer und Behrendt.

In dem 40-Kilometer-Rennen zeigte sich Schipke seinen Rivalen gegenüber weit überlegen. Er gewann das Rennen in 35 Minuten 29 Sekunden mit 1010 Meter Vorsprung vor Pawle; Appelhans wurde (3720) Dritter, Demke (5400 Meter zurück) Viertes.

Kleine Nachrichten. Beim Abspuren von einem Straßenbahnwagen schwer verunglückt sind in der vergangenen Nacht zwei Frauen. Vor dem Hause Lägowstr. 91 wollte eine unbekannte Frau von etwa 20-25 Jahren den Wagen während der Fahrt verlassen. Kam zu Fall und zog sich eine schwere Schädelverletzung und eine Gehirnerschütterung zu. Die Verunglückte wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht und liegt dort noch bewusstlos darnieder. Sie ist mittelgroß und trug ein weißes Kleid, weiße Schuhe und einen kleinen schwarzen Hut. — Am Sonntag verunglückte die 50 Jahre alte Frau Pauline Andersen, die gegen 10 Uhr abends einen Triebwagen der Linie 19 an der Ecke der Köpenicker und Adalbertstraße verließ, als sich der Wagen in der Anfahrts zur Haltestelle befand. Sie kam zu Fall und zog sich einen Bruch des linken Unterarmes zu. Die Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. — Eine Bande von fünf Fahrraddieben, die diese Spezialität gewerbsmäßig betrieben, wurde in Neulöbn festgenommen. Die Wurschen durchzogen die Straßen Groß-Berlins, um sich nach Fahrrädern umzusehen, die irgendwo fahrlos dastanden. fanden sie eins auf einen Hausflur oder sonstwo, so schwang sich einer hinauf, während die anderen aufpakteten und fuhr davon. fanden sie feins fährerlos, so hielten sie einen harmlosen jungen Knaben unter einem Vorwande an, veranlaßten ihn abzupfeigen und sein Rad an einen Baum oder die Mauer des Hauses zu stellen. Während sie dann mit dem Knaben plauderten, bemächtigte sich vor dessen Augen einer, der es zu beschließen schien, des Rades und verschwand damit. Schwärter trofen sie sich jedesmal alle wieder, um die Deute unter der Hand an Tröbler oder Gandler zu verlaufen und den Erlös zu teilen. Bestohlene, die ihr Rad noch nicht wieder erhalten, können sich auf ihrem Verbleiben melden.

Aus den Gemeinden.

Aufhebung der Kartoffelkarte für Pankow.

Der Gemeindevorstand macht bekannt, daß in der Woche vom 7. bis 18. August 1916 Kartoffeln in jeder Menge ohne Kartoffelkarte entnommen werden können.

Aus Teltow-Beeskow.

Uns geben folgende Mitteilungen zu: Sozialdemokratischer Wahlverein Teltow-Beeskow-Storlow-Charlottenburg.

Wahlvereinsbureau: Reutöln, Redarstr. 3, Laden.

Das Bureau ist vorläufig geöffnet: Mittwoch, abends von 8 bis 9 Uhr und Sonnabends, abends von 5 bis 9 Uhr.

Alle Geldsendungen sind zu richten an Max Freigang, Treptow, Gröschtr. 24 IV, alle übrigen Zuschriften an Paul Grassel, Nieder-Schönweide, Rudower Str. 14 II.

An die Mitglieder und Wahlvereinsvorstände von Teltow-Beeskow-Storlow-Charlottenburg.

Die ordentliche Kreisgeneralversammlung vom 6. August d. J. wählte zum Sekretär den Genossen Groger und zum Kassierer den Genossen Pagels. Die Wahlen erfolgten einstimmig. Alle den Kreiswahlverein betreffenden Zuschriften sind zu richten an den Sekretär

Max Groger

Berlin SW., Lindenstr. 3, II. Hof, Eing. III, 4 Treppen (Fernruf: Moritzplatz 147 14); alle Geldsendungen, welche für den Kreiswahlverein bestimmt sind, richte man an den Kassierer

Alex Pagels

Berlin SW., Lindenstr. 3, II. Hof, Eing. III, 4 Treppen (Fernruf: Moritzplatz 147 14). Nach wie vor befindet sich auch dort das Kreisbureau; es ist geöffnet von 8-1 und 4-7 Uhr.

Alle Funktionäre der Kreisorganisation, welche ohne Verzug die sozialdemokratische Parteikorrespondenz unentgeltlich weiter beziehen wollen, werden um schleunige Angabe ihrer Adresse gebeten. Der Kreisvorstand.

Generalversammlung des Wahlvereins Treptow-Baumshulentweg.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins, die am 1. August stattfand, gab Genosse Freigang den Bericht von den Generalversammlungen des Kreises Teltow-Beeskow-Storlow-Charlottenburg. In der Diskussion kritisierte Genosse Wissell die Art der Berichterstattung, die ihm nicht ausreichend genug sei. Weiter wendet er sich gegen die Beschlüsse der Kreisgeneralversammlung und hauptsächlich gegen die Zulassung der Delegierten von Reutöln und Lichterfelde. Wissell bringt am Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution ein:

„Die Versammlung mißbilligt das Verhalten der Delegierten auf der Kreisgeneralversammlung vom 18. Juni und den sogenannten Kreisgeneralversammlungen vom 9. und 28. Juli. Sie erklärt, daß die Maßnahmen des alten Kreisvorstandes gerechtfertigt sind. Er allein kommt für die Ortvereine in Betracht.“

In seiner Erwiderung geht Freigang auf die Unhaltbarkeit der Wissellschen Ausführungen ein und unterbreitet der Versammlung nachstehende Resolution:

„Die am 1. August tagende außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins Treptow-Baumshulentweg nahm Kenntnis von den Beschlüssen der Kreisgeneralversammlung vom 28. Juli. Sie erklärt sich mit der Haltung der Delegierten und der endgültigen Wahl des neuen Kreisvorstandes einverstanden. Um ein gedeihliches und geschlossenes Fortbestehen der Organisation zu ermöglichen, verpflichtet sie den örtlichen Vorstand, unverzüglich das für das zweite Quartal 1916 entnommene Material restlos an den alten Vorstand zurückzugeben und wegen weiteren Materials mit dem neugewählten Kreisvorstand in Verbindung zu treten.“

Es entspann sich dann noch eine lebhaft ausgeführte, in der sämtliche Redner sich gegen die Ausführungen Wissells wandten und sich für die neue Kreisleitung erklärten. Allseitig kam zum Ausdruck, daß es nicht an den Mitgliedern der Ortvereine des Wahlkreises lag, daß die heutige Situation heraufbeschworen wurde, sondern daß die Schuld einzig und allein an dem bisherigen Kreisvorstand lag. Dieser habe die Wünsche und Anregungen der Mitglieder seit langem achlos belassen und nur nach seinem eigenen Ermessen gehandelt. Wenn jetzt Zustände eingetreten wären, die jeder Parteigenosse aufrichtig bedauern müsse, trage daran der Kreisvorstand die Schuld.

Die Resolution Wissell wird mit 57 gegen 26 Stimmen abgelehnt, diejenige Freigangs, die sich mit den Beschlüssen der Kreisgeneralversammlung einverstanden erklärt, mit 58 gegen 22 Stimmen angenommen.

Es findet noch eine Aussprache über die unzureichende Kasienabführung der Genossin Gerich an den feierlichen Sekretär Pagels statt. Die Genossin Gerich hatte entgegen den Abmachungen in der Funktionserklärung die Kasieneingänge der letzten Zeit dennoch an Pagels abgeführt. Diese Handlung wird allgemein mißbilligt. Zum Schluß dieser Aussprache legt der Vorsitzende des Wahlvereins Genosse Pagel eine bereit gehaltene Erklärung vor, in der er sich mit der Genossin Gerich solidarisch erklärt. Beide legen ihre Ämter nieder. Hierauf verlassen die Anhänger des alten Kreisvorstandes demonstrativ das Lokal.

An Stelle des zum Militär eingezogenen Abteilungsleiters für den Ortsteil Treptow wurde Genosse Horst-Treptow gewählt.

Ferienstelle in Mariendorf. Heute, vormittags pünktlich 1/9 Uhr, Treffpunkt vor dem Hause Großbeerenstr. 115, für Nachzügler nachmittags 1/2 Uhr am Rathaus. Fahrgehalt 20 Pf., für Kinder unter 10 Jahren 10 Pf.

Aus aller Welt.

Ein schweres Explosionsunglück hat sich in Königsberg i. Pr. ereignet. Das stellvertretende Armeekorps teilt mit: Montag morgen, 8,15 Uhr, erfolgte in Königsberg, Artilleriedepot Rothenstein, eine Explosion russischer Munition. Bei der Entladung verunglückten, soweit es sich bei dem planlosen Fortlaufen des Personals hat feststellen lassen, 30 Depotarbeiter, 20 Frauen tot, etwa 14 schwere, 53 leichte Verwundungen. Verdachtsmomente auf Spionage oder Attentat haben sich bis jetzt nicht ergeben. Gerichtseitig wird das Weitere festgestellt. Weitere Explosions- und Feuergefahr sind beseitigt. Die städtische Feuerwehr und der Sanitätsdienst funktionieren ausgezeichnet.

Wieder ein schwerer Fall von Giftvergiftung wird aus Kose (Oberschlesien) gemeldet: Die Mutter des früheren Gastwirts Paul Püschel sowie dessen Ehefrau und 13jährige Tochter hatten ein Pilgerbrot gegessen, unter dem sich auch giftige Pilze befanden. Trotz ärztlicher Hilfe sind die Mutter und die Ehefrau gestorben. Die Tochter liegt schwer erkrankt danieder, doch hofft man sie am Leben zu erhalten.

Eine Dauerrede. In einem Prozeß, den gegenwärtig in London zwei Kolonialgesellschaften wegen des Verlustes eines goldreichen Gebietes in Rhodesia führen, hielt der Anwalt der einen Partei eine Schlusrede, die genau 28 Tage gedauert hat. Nach dieser Leistung mußten die Verhandlungen vertagt werden, da der Anwalt erklärte, daß er, nach der Meinung seines Arztes, mindestens sechs bis sieben Wochen Ruhe brauche. Der Arzt sagte aus, daß sein Patient seit dem achten Tage seiner Rede sich fast ausschließlich von nebenstehenden Arzneien ernährt habe.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Den Mitgliedern des Charlottenburger Wahlvereins für die Erledigung der Geschäfte zur Kenntnis, daß der in der Generalversammlung am 2. August neugewählte Vorstand aus folgenden Genossen besteht: 1. Vor. Anna Kemitz, Waihr. 11, 2. Vor. Bruno Peters, Schiffsführer Alfred Wagner, Kassierer Wilhelm Wiskaist, Paelestr. 10a, Sekretärin der Frauen Selma Gilje. Beiträge sind durch die Bezirkskassierer nur mit Wiskaist abzugeben.

Treptow-Baumshulentweg. Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinlicher Jahlabend, für Ortsteil Treptow bei Marlet, Gröschtr. 28, für Ortsteil Baumshulentweg bei Erbe, Baumshulentw. 14. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung am 6. August 1916 und Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Als Revolver wurde in der letzten Versammlung nicht Genossin Ryned, sondern Genosse Ryned, und die Genossin Wissell als Beisitzerin gewählt.

Treptow-Baumshulentweg. Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinlicher Jahlabend der Bezirke 1-4 bei Strauß, Kleiholz-, Ecke Warientaler Straße; für die Bezirke 5-12 bei vorm. Ringelgasse, Gröschtr. 1, Ecke Lohmühlenstraße. Situationsberichte und Vorläufe zu Ergänzungsarbeiten.

Groß-Lichterfelde. Mittwochabend 9 1/2 Uhr: Jahlabend bei Bahrendorf, Hindenburgstr. 104.

Witz-Buckow. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Westphal, Rudower Str. 48, statt.

Köpenick. Der Jahlabend am Mittwoch fällt aus. Dafür nächste Woche Mitgliederversammlung. Nähere Bekanntmachung erfolgt noch.

Friedrichsfelde. Mittwoch, den 9. August: Mitgliederversammlung im Saal des Saalbau, Berliner Straße. Vortrag des Genossen Eichhorn über: „Mitteleuropäische Wirtschaftskrisen“. Beginn pünktlich 9 Uhr.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche: Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins.

Karlshorst. Mittwoch, den 9. August, abends 9 Uhr, bei Berse, Pring-Albert-Str. 10: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über die Verbandsgeneralversammlung, Quartals- und Kassenericht. Das Mitgliedsbuch ist zwecks Legitimation mitzubringen, ohne Kasse kein Eintritt.

Ruhndorf. Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenericht, 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung, 3. Diskussion, 4. Parteiangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Gieswalde. Mittwoch, den 9. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Emil Witte: Jahlabend (Mitgliederversammlung). Kassenericht, Bericht-erstattung von der Kreisgeneralversammlung, Vereinsangelegenheiten.

Nowawes. Mittwoch, den 9. August, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Max Singer die ordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Berichte von den Kreisgeneralversammlungen, 3. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Kampf“. Monatsheft der sozialdemokratischen Monatschrift Deutschlands. 60 Pf. — Verlag in Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Die Glocke. Sozialistische Wochenchrift. 19. Heft. Herausgeber: Garud. 20 Pf. — Verlag für Sozialwissenschaft, München.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Zudenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Neben für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Aufsatz und eine Zahl als Werkzeihen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenqualifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Mag Becker, Jahn. Eine derartige Zeitschrift erscheint in keinem Parteiverlag. — **L. G. 99.** Der Vater des außerehelich erzeugten Kindes hat kein Recht, über die Erziehung oder Pflege des Kindes Bestimmungen zu treffen. Das kann allein der Vormund; der Vormund soll sachgemäße Anordnungen treffen und die Mütter vom Vater eingehen. — **H. u. 33. 1. Ja. 2. Ja.** aber dazugegeben wäre zuerst eine Bekwerbe beim Verfallungsamt. — **Landhummann W. F.** 1. Uns nicht bekannt. 2. Sie würden event. zunächst den Beschl. auszuführen haben und hätten dann eine ordnungsmäßige Bekwerbe einlegen. Es ist allgemein angeordnet, daß Leute, die nicht zur Kirche gehören, auch nicht gezwungen werden können, am Kirchgang teilzunehmen. — **M. S. Pankow.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf dasjenige klagen, auf das Sie nach Ihrem Willküranspruch haben. Zunächst ist das Amtsgericht.

— **S. 100.** Das Testament ist gültig, wenn daselbe eigenhändig niedergeschrieben und unterschrieben ist. Zeugen und dergleichen sind nicht erforderlich. Ein Beispiel für solch ein Testament finden Sie Seite 288/289 des „Arbeiterrecht“ beigefügten Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch finden Sie in den Bibliotheken. — **G. S. in D. 1.** Nur wenn nachweislich der Tod in ursächlichem Zusammenhang mit dem Leben steht, würde der Antrag auf Unterbleibenerente Aussicht auf Erfolg haben. Wenden Sie sich direkt an das Kriegsministerium. 2. Die Witwe soll bei der Landesversicherungsanstalt den Antrag auf Witwen- und Waisenrente stellen. — **S. 798.** Wenn nachgewiesen wird, daß der Betreffende willentlich als Genosse unter seinem Eid ausgesagt hat, muß er von der Staatsanwaltschaft, der die Sachlage mitzuteilen wäre, wegen Meineides angeklagt werden. — **S. 24. 56.** 1. Leider läßt sich keine Zeit angeben, wie lange die Haft andauern kann. Eine Einziehung zum Militär ist in Ihrem Fall ausgeschlossen. 2. Der Niedersatz läuft weiter. Der Wirt kann auf demselben bestehen, es wäre nur eine Einigung möglich.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Nimmlich kühl, zeitweise heiter, jedoch unbeständig und besonders östlich der Oder öfter etwas Regen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Nimmlich kühl, zeitweise heiter, jedoch unbeständig und besonders östlich der Oder öfter etwas Regen.

Am 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, verschied nach langem, schmerzlichen Leiden mein lieber, herzensguter Mann, unser unvergesslicher Schwager und Onkel
Hermann Borchert.
Dies zeigt an in Hestter Trauer im Namen der Hinterbliebenen
Boria Borchert geb. Schormer
Sorauer Str. 17.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. U

Am 14. Juli 1916 fiel als Opfer des Weltkrieges unser treuer Kollege
Alfred Philipp.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Gesamtpersonal der Zentrale der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 13. Juni mein herzensguter Bruder und Schwager, der Gefreite
Gustav Kloß.
Dies zeigt an in Hestter Trauer im Namen der Hinterbliebenen
Paul Kloß
als Bruder
nebst Frau.
Ehre seinem Andenken!

Dankagung.
Für die innige Teilnahme und die zahlreichen Kränkungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Bernhard Lischka
sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, den Kollegen der K. O. G., den Genossen des Wahlvereins, besonders dem Genossen Girdig für seine Rede und dem Gesangsverein unseren herzlichsten Dank.
Frau W. Lischka nebst Kindern.

Arbeiter
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Dankagung.
Für die vielen, trostreichen Worte, welche uns beim Tode meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Emil Müller
gute wurden, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank, insbesondere der Diamant-Waschlöscher, G. m. b. H., dem Kaufmännischen und dem Arbeiterpersonal obengenannter Firma, dem Sozialdemokr. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis, Bezirk 390 II, und dem Deutschen Transportarbeiterverband.
Elisabeth Müller geb. Bammann
und Kinder.